

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Pf. vierteljährlich 1,25 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abbestellern monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Kundengruppe:
Die Gespaltene Beilage 30 Pf., für auswärtig 35 Pf., die 2 gespaltenen Beilagen 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 10 Pf. Anzeigen mit Abrechnung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 4

Danzig, Sonnabend den 26. Januar 1918

9. Jahrgang

Gespannte Lage

In der inneren Politik Deutschlands wie in der Politik des Auslandes ist die Lage sehr gespannt. Ist ein Berliner Blatt gut unterrichtet, so hat der deutsche Kronprinz in einem Gespräch die Meinung geäußert, es handele sich bei dem Kriege um einen großen Freiheitskrieg des deutschen Volkes. Und das ist durchaus richtig, nur daß das deutsche Volk seine Freiheit gegen die strangulierungspolitische der Entente nicht deshalb verteidigt, um gegen die reaktionären Parteien im Innern abzubringen, sondern daß es sich mit zunehmender Zähigkeit gegen die Feinde verteidigt in der Erwartung, endlich werde auch über das Heimatland die unbesiegbare Sonne der Freiheit aufgehen. Jedoch davon will die Reaktion nichts wissen. Sie hat in der preussischen Wahlrechtskommission bewiesen, daß sie nichts gelernt und nicht vergessen hat; sie hat kein Gefühl für die innerpolitischen Notwendigkeiten auch nicht begriffen und sollte darüber der Staat an den Rand des Abgrundes gebracht werden; sie wähnt, das deutsche Volk müsse sein Blut in Strömen fließen lassen allein für kapitalistische Interessen und habe keinen begründeten Anspruch darauf, im Innern in freier, freier, freier Sinn gut ausgebaute Verfassungszustände zu bekommen. Denn auf nichts anderes als auf eine brutale Verneinung dieses Rechtes läuft der Beschluß des preussischen Wahlrechtsausschusses hinaus, die Beratung der Wahlreform abzubrechen und die Herrenhausvorlage zur Debatte zu stellen.

Dies geschah nicht, wie man annehmen sollte, auf Vorschlag der konservativen Vertreter, sondern es war ein national-liberales Mitglied, das diesen Verschleppungsantrag stellte, für den sich dann alle Reaktionen der Kommission erklärten. Gegen den Antrag stimmten der sozialdemokratische und der polnische Vertreter, das Zentrum, die Fortschrittler und auch ein national-liberales Mitglied. Im Ausschuss sind die National-Liberalen somit gespalten; während deren Mehrheit unter Führung des Abg. Lohmann unverhohlen reaktionäre Vorspanndienste leistet, hat sich der eine Vertreter ummüht für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen. Was schon nach den Beratungen der Wahlrechtsvorlage im Plenum des Abgeordnetenhauses zu befürchten war, hat sich in der Kommission noch klarer erwiesen: die Reaktionen denken gar nicht daran, dem Volke das gleiche Wahlrecht zu geben. Die Konservativen lehnen jede Milderung des Dreiklassenwahlrechtes ab, der das Präsidat einer Reform zuträme, sie sind höchstens für die Ausmerzung einiger unbedeutender „Schönheitsfehler“ zu haben; die National-Liberalen suchen nach einem Plural- oder Ständewahlrecht; und dem Zentrum ist ebenfalls nicht über den Weg zu trauen: der demokratische gerichtet, sich in der Minderheit befindende Flügel erklärt sich für das gleiche Stimmrecht, die reaktionär gesinnte Majorität wünscht es wie die Konservativen zum Rückzug, wenn sie auch nicht wie diese ihre Gegnerschaft jedem sichtbar bloßstellen, sondern sie mit täuschenden Phrasen umkleiden. Eine Mehrheit hat das gleiche Wahlrecht weder in der Kommission noch im Plenum, und das Schicksal der Wahlvorlage ist schon entschieden. Was nun? Die Krone und die Regierung haben sich in feierlichster Weise für das gleiche Wahlrecht eingesetzt — sie müssen energische Schritte unternehmen, damit das versprochene Wort eingelöst werden könne, soll das Vertrauen des Volkes zu noch so ernsthaft verkündeten und gemeinten Versicherungen der Minister und des Thrones nicht unüberwindlich verloren gehen.

Morgen feiern alle sogenannten Patrioten den Geburtstag Kaiser Wilhelms II. In vielen mehr oder weniger schwingvollen Reden werden sie sein auch von uns anerkanntes Fähigkeiten und Taten für Reich und Volk lobend hervorheben und vor ihm in Ehrfurcht erstarben. Daß dieselben Leute aber mit ihrem ablehnenden Verhalten zu dem von Wilhelm II. feierlich versprochenen freien Wahlrecht sich eine schwere Nichtachtung gegen ihn schuldig machen, scheint ihnen und namentlich ihrer Mitläufer kaum zum Bewußtsein zu kommen.

Preußen-Deutschland soll politisch nicht neuorientiert, dem Volke nicht sein erhofftes, wohl begründetes, ihm feierlich versprochenes Recht werden, und den Krieg wollen die Gewaltpolitiker aus einem schweren Verteidigungskriege in einen mühen Eroberungskrieg umwandeln. Die schweren Nöte der Zeit werden in unverantwortlicher Weise von diesen Herrschaften mitschaltet, dem Volke immer größere Opfer zugemutet. Kriegswunden verhöhnt und sogar geschlagen. Und das soll die Stimmung des Volkes nicht reizen? Dabei ist die Vaterlandspartei eine der Ursachen, daß eine so verbitterte Stimmung entstehen konnte. Man suche Führung mit den arbeitenden Volksmassen, mit den Soldaten in den Garnisonen und an den Fronten, dann wird man gar bald gewahrt werden, wie groß die Empörung über die rücksichtslose Reaktion und

die eine wilde, kriegsverlängernde Propaganda betreibenden Vaterlandsparteier und Unbesessenen ist. Auf deren Haupt die Folgen, wenn sie sich nicht warnen lassen wollen!

Spielt sich durch das provokatorische Verhalten der Reaktion und der Vaterlandspartei die Lage im Innern sehr zu, so ist sie auch im Auslande fortgesetzt außerordentlich gespannt. Sehen wir zunächst nach Rußland. In Brest-Litowsk sind die Beratungen der politischen Kommission am 18. bis zum 29. Januar vertagt worden, weil Trozki nach Petersburg reisen mußte. Eine volle Einigung ist noch nicht erzielt, doch gingen die Verhandlungen glatter von statten und wirkten sich nicht weiter. Daß aber der maximalistische Minister des Auswärtigen nach Petersburg berufen wurde, hat seine Ursache in der für die Bolschewiki sehr schwierigen Situation. Am Freitagnachmittag ist in der russischen Hauptstadt endlich die verfassunggebende Versammlung eröffnet worden, aber schon einige Stunden vorher hat es auf den Straßen der Hauptstadt blutige Zusammenstöße zwischen maximalistischen Truppen und gegnerisch gesinnten gegeben. Die Lage wird sich für die Bolschewisten außerordentlich komplizieren; sind sie auch an der Macht, so haben sie in der Konstituante doch nicht die Mehrheit; zwar dort die stärkste Fraktion, sind die anderen Gruppen zusammengekommen immerhin stärker als sie. Was aus dieser Sachlage entstehen mag, ist nicht vorherzusagen. Nach vorausgegangenem Bürgerkriege erfolgt vielleicht der Sturz der sich auf große Teile des Heeres stützenden Leninisten oder eine noch tiefer verankerte Befestigung von deren Macht, und die Gegner der Bolschewisten erleiden eine neue Niederlage. Im Interesse der mit den Maximalisten im Gange befindlichen Friedenskonferenzen wäre es zu bedauern, wenn die Maximalisten vom Staatsruder hinweggestoßen würden. Zwar auch ihre Nachfolger würden sich gezwungen sehen, Friedensfühler auszustrecken, aber die durch einen Regierungswechsel zerrissenen Fäden mit den Verbündeten würden zur Wiederanknüpfung doch längere Zeit beanspruchen.

Lloyd George hat sich veranlaßt gesehen, an die englische Arbeiterchaft, deren Thermometer der Kriegsbegeisterung erfreulicherweise in fortwährendem Sinken begriffen ist, zu appellieren. Entweder die englischen Arbeiter würden sich dem

Programme des Premiers — darunter ein Punkt, der die Grenze des militärisch-tätigen Alters auf 55 Jahre hinaufsetzen will — beugen, oder die Allierten erreichten ihr Kriegsziel nicht, was gleichbedeutend mit einer Niederlage sei. Noch wird leider die englische Arbeiterchaft das Kriegsloch weiter zu tragen gewillt sein, aber die Ausführung der von Lloyd George in Aussicht gestellten Kriegsnotwendigkeiten trägt sicherlich nicht zur Hebung der Kriegsfreudigkeit des englischen Volkes bei.

In der französischen Kammer hat es wieder eine der dort häufigen Sturmjahren gegeben. Während einer Interpellationsdebatte, in der gegen die monarchistischen Antriebe heftig losgezogen wurde, kam es zu handgreiflichkeiten unter verschiedenen Abgeordneten, der Lärm steigerte sich so, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Bei deren Wiedereröffnung wurde eine von Clemenceau angeordnete Tagesordnung, die sich gegen die monarchistische Agitation richtet, mit 404 gegen 1 Stimme angenommen. Durch die Verhaftung Caillaux, den der jetzt als Ministerpräsident amtierende Tiger zerreißen will, ist die Erregung unter den radikalen und sozialistischen Kreisen sehr gestiegen; jene Parteien nehmen an, Caillaux werde unschuldig verfolgt, und kommt es zu einer zweiten Dreyfus-Affäre, so wird die Empörung leicht über die Dämme brechen und neben Clemenceau auch Poincaré hinwegschwemmen. den ersteren kann dieses Schicksal übrigens schon vorher erreichen, da der Haß gegen ihn immer mehr emporsteigt. Aus all diesen Vorkommnissen und Verfolgungen kann, wenn die Kriegshäher allerdings auch das Gegenteil davon erhoffen, nur die Friedensstimmung in Frankreich gewinnen.

Auch in Italien, Rumänien, Serbien, Griechenland trübt es. Man ist in jenen Ländern ungehalten über die Kriegserklärungen Lloyd Georges und Wilsons. Man fühle, heißt es in einer W. T. B.-Melbung, daß die Entente die Interessen der genannten Staaten ungenügend schütze. Das wird schon so sein, es liegt aber sicher nicht am bösen Willen der beiden Staatsmänner, sondern am Unvermögen der Allierten, mit dem Viererbunde militärisch fertig zu werden. Der Amerikaner und der Engländer haben schon ihre Kriegsziele herabgesetzt, der Italiener wird damit folgen, und letzten Endes kann auch der Franzose nicht zurückbleiben.

Gespannte Lage überall. Spricht daraus alsbald als reife Frucht empor: Recht und Freiheit dem deutschen Volke und ein Frieden der Verständigung mit den Feinden? Diejenigen, die sich diesen dringenden Forderungen entgegenstemmen, mögen die Folgen tragen! —

Wie weit vom Ziele?

Eine Meldung, die nicht überraschend kommt und trotzdem überrascht, bringt die Petersburger Telegraphen-Agentur. Die verfassunggebende Versammlung, die sieben zusammengetreten war, ist mit Waffengewalt auseinandergetrieben worden. Nachdem die Versammlung nach anderthalbstündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralschusses abgestimmt hatte, entfernten sich die Bolschewiki. Die verfassunggebende Versammlung wollte, so meldet der Petersburger Draht, nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjets, die den Saal verlassen haben, gefördert wurden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung von Matrosen aufgelöst.

Als bald nach der Eröffnung der Versammlung hatte diese gegen die Bolschewiki demonstriert, indem sie den früheren Ackerbauminister Tschernow, den Führer der bäuerlichen Sozialrevolutionäre, zum Vorsitzenden wählte, während die Kandidatin der Bolschewiki, die bekannte Revolutionärin Spiridowna, in der Minderheit blieb.

Die oben erwähnte Erklärung des Zentralschusses der Sowjets war eine programmatische Darlegung. Sie besagt, wenn die Wiedergabe der englischen „Daily News“ richtig ist, daß Rußland eine Republik der Sowjets sei, und daß die Zentralregierung und die örtlichen Regierungen in den Händen der Organe der Sowjets liegen werde. Die Grundlage der Republik sei die freie Bundesgenossenschaft freier Nationen und ein Verband nationaler Republiken der Sowjets. Ferner behandelte die Erklärung die vollkommene Sozialisierung des Landes, die Verstaatlichung der Wälder, Minen, Gewässer, Banken, Gändereien, Fabriken, Eisenbahnen usw. Es wird ein staatliches Verzeichnis der gesamten Industrie angelegt, der ganze Arbeiterstand bewaffnet und die bestehenden Klassen entworfen.

Ferner wird in der Erklärung gesagt: „Die konstituierende Versammlung heißt die Politik der Sowjets gut, die sich in der allgemeinen Verbrüderung, in der Veröffentlichung der Geheimnisse und allen andern Methoden äußert, um den Krieg mit einem demokratischen Frieden zu beenden nach dem

Grundsatz: Keine Annexionen, keine Entschädigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker.“

Die Erklärung betont weiter, daß mit der Politik einer barbarischen Bourgeoisie gebrochen werden müsse, die Willkür von Arbeitern unterdrücke. Die Erklärung billigt die Unabhängigkeit Finnlands und den Rückzug der Truppen aus Persien. Sie betont, daß die Sowjetregierung ungehindert ihren Weg fortsetzen werde, bis die internationale Arbeiterchaft vom kapitalistischen Joche befreit sein wird.

Diese Programm-Erklärung ist von der Mehrheit der konstituierenden Versammlung abgelehnt worden, diese Mehrheit setzt sich also in schroffen Widerspruch zu der gegenwärtigen Regierung. Diese hat deshalb die eben zusammengetrete Versammlung mit Waffengewalt sprengen lassen.

Damit tritt die Frage wieder in den Vordergrund, die das deutsche Volk gegenwärtig am meisten berührt:

Was wird mit dem Frieden?

Welche Kraft steht hinter der Regierung Trozki-Bentis? Wie lange wird das Regiment der Bolschewiki sich halten können? Haben diese überhaupt ein so breites Fundament in der russischen Bevölkerung, daß von ihnen nicht nur der Abschluß eines Friedensvertrages, sondern auch dessen Durchführung zu erwarten ist. Das sind Fragen, die das deutsche Volk heute besonders interessieren. Wie sie beantwortet werden, hängt von dem Standpunkt des einzelnen ab. Es mag auch in Deutschland Leute geben, die den Sturz der Bolschewiki nicht ungern sehen, weil sie darin eine Verbesserung der alldeutschen Kriegspolitik finden würden. Andererseits hat aber die große Masse der Völker der Mittelmächte den dringenden Wunsch, daß endlich ein Abschluß des Krieges herbeigeführt wird, sei es auch nur auf einer Front. Die Petersburger Nachrichten sind nun durchaus nicht geeignet, diesen Wünschen der Völker baldige Erfüllung zu versprechen. Statt des Friedens, der in greifbarer Nähe gerückt schien, scheint sich ein neuer russischer Bürgerkrieg

vorzubereiten, wenn auch noch nicht zu erkennen ist, wie sich die Kräfte dort verhalten.

... durch den amtlichen Druck verbreitet wird. Danach ist der Stand der Unterhandlungen mit der ukrainischen Delegation regelmäßig so, daß der Abschluß eines

Konferenzabende mit der Ukraine

als noch bevorstehend angesehen werden kann. Die durch Wolff-Darwin verkündete hoffnungsvolle Meldung lautet:

Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Republik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeigt, daß über die Grundlagen eines abguschließenden Friedensvertrags Einigkeit erzielt worden ist. — der Kriegszustand soll als beendet erklärt und der Anschluß der Parteien bekräftigt werden, jottan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. — die an der Front einander gegenüberstehenden Truppen sollen mit Weisheit zum Abzug gezwungen werden. — alle Beteiligten sind darüber einig, daß der Friedensvertrag für die sofortige Aufnahme eines regen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehrs Vorzüge zu treffen haben wird. — auch diplomatische und konsularische Beziehungen sollen sobald aufgenommen werden.

Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrags sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten. — ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, diesen Stellen persönlich über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten und deren Zustimmung zu dem Vereinstexte einzuholen.

Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Ausweitung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich drüber zugesagt, sofort nach Abschluß der Verhandlungen und sind mit Absicht, sodann im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Hiermit ist es zum erstenmal in diesem, die Welt erschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedenszustandes zu finden.

... nicht werden, daß bei der Rückkehr der Delegationen nach Brest tatsächlich der Friede unterzeichnet und durchgeführt werden kann. Dazu wird auch erforderlich sein, daß das Verhältnis der Ukraine zum übrigen Rußland irgendwie vollkommen gelöst wird, wenn besser nicht der Fall war. Schematische wird durch den Abschluß des einen Vertrages freie Bahn für den Abschluß der anderen geschaffen, und darauf kommt es an. Graf Czernin hat sich in Brest-Ustow gegenüber einem Vertreter der offiziellen Deputationen über die Friedensverhandlungen ausgesprochen und dabei ein gewissermaßen demonstratives Gelächern im Sinne eines ehrlich atmungslosen Friedens abgelegt. Er hat sich und bürgt dafür, daß der Friede „unsererseits“

nicht an Eroberungsabsichten scheitern werde. Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen, noch Kriegensid Abigungen. Wir wollen nur ein freundschaftliches, auf sicheren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

Ob sich die Worte „unsererseits“ und „wir“ nur auf Oesterreich-Ungarn oder überhaupt auf die Mittelmächte, also auch auf Deutschland, beziehen, geht aus der Erklärung des Grafen Czernin nicht hervor.

Aber verzeihe man nicht, daß die Erklärungen Czernins zeitlich zusammenfallen mit gewissen Vorkommnissen in Oesterreich, die dort zu lebhaften Erörterungen im Budgetausschuß des Parlaments geführt haben, dann gewinnt besonders die Versicherung Czernins an Bedeutung, daß er dafür haften und bürgt, daß der Friede nicht an Eroberungsabsichten „unsererseits“ scheitert. Es wäre sehr viel wert, wenn der deutsche Unterhändler die gleiche bündige Versicherung abgeben könnte.

alle Nachmittel. Den Wert der Erzbeden von Longwy und Brien könne man aus einem Vergleich mit dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier ermessen, das auf 3000 Millionen Mt. geschätzt wurde. Das sind die Kriegskosten für 25 Tage. So sehr er ein Freund der Kolonien sei, so müsse er doch sagen, daß koloniale Eroberungen als ein für die Kriegskosten uns erschwindendes Kriegsziel kaum in Betracht kommen könnten. Nach dem großen Anlagekapital, das unsere Kolonien gebraucht haben, brachten sie uns jährlich einen Reingewinn von etwa 100 Millionen Mt.; das sind die Kriegskosten eines Tages von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Durch Anexionen im Osten würden wir uns ein verärgerter Ruhestand zur ständigen Gefahr machen. Abgerüstet müsse aber unter allen Umständen werden, wenn man bedachte, daß jetzt allein die Fliegerwaffe so viel Geld verschlingt, als früher der ganze Heeresetat betragen hätte.

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde ein Beschluß im gleichen Sinne angenommen.

Mächtige Friedenskundgebung in Frankfurt a. M.

„Was dem deutschen Volke not tut!“ Darüber wollte der Pfarrer Kraus das Volk von Frankfurt a. M. aufklären. Und das Volk war auch außerordentlich begierig zu erfahren, was ihm nach der Auffassung des so vielgenannten Pfarrers fromme. Bereits um 7 Uhr, eine Stunde vor Beginn der Versammlung, war der mächtige Saal überfüllt. Die Türen mußten geschlossen werden. In den äußeren Gängen, auf den Fluren, Gartenanlagen und auf dem Riesenplatz vor dem Zoologischen Garten standen noch Tausende, die keinen Einlaß finden konnten. Unter den Tausenden, die den Saal in qualvoller Enge besetzt hielten, waren noch keine hundert Anhänger der Vaterlandspartei. Unter Bewachung eines Schutzmanns besaß gegen 8 Uhr der Versammlungsleiter, Pfarrer Kübel, die Tribüne. Danach begann der Pfarrer: „Meine Herren, die Vaterlandspartei ...“ weiter kam er nicht. Ein Arbeiter rief: „Es lebe der Friede, hoch die Freiheit!“ und nicht endenwölkender Jubel erscholl und schlangte sich fort bis auf die Straße. Immer neue Ovationen wurden dem Frieden dargebracht. Pfarrer Kraus hatte sich während der ganzen Zeit hinter einem Vorhang auf der Bühne verborgen gehalten. Inzwischen hatte sich auf der Straße die Masse zu Bataillonen geformt und unter den Klängen der Marschmusik ging es durch die Stadt. Der Zug wurde lawinenartig. Aus allen Fenstern begleiteten ihn Hochrufe und Lächelnschwenken. „Friede und Freiheit“ hallte es durch die Straßen. „Nieder mit der Vaterlandspartei!“ „An den Gebäuden der „Volksstimme“ und der „Frankfurter Zeitung“ wurden Hochrufe ausgebracht, an dem Hause eines Anzeigenstellenblattes die Fenstergehäusen eingeschlagen. Nach etwa einstuündigem Umzug zerstreute die Polizei die Demonstranten, die müllig auseinandergingen. (B. 18.)

Die Ereignisse in Oesterreich

Der Beginn des Streiks

Am Montag den 14. Januar entstand unter der österreichischen Arbeiterschaft eine lebhaftige Bewegung, die auch im Laufe des Tages zur Einstellung der Arbeit in zahlreichen Kriegsbetrieben führte. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von der Wiener-Neustadt, wo Deputationen bei den Behörden und den Leitern der Kriegsbetriebe gegen die Herabsetzung der Mehlsquote protestierten. Als erste stellten die Arbeiter von den Däumler-Motorwerken in der Wiener-Neustadt die Arbeit ein, ihnen schlossen sich alle übrigen Kriegsbetriebe von Wiener-Neustadt an. Dienstag mittag griff der Streik auf die Wiener Kriegsbetriebe über. Während des Schichtwechsels, um 1 Uhr, versammelten die Hauptvertrauensmänner die Arbeiterschaft um sich und teilten ihnen mit, daß von nun an die Arbeit ruhe. Es wurde die Parole ausgegeben, ohne lärmende Kundgebungen den Arbeitsplatz zu verlassen, Apparate und Maschinen zum Stehen zu bringen und jeden Morgen um 7 Uhr die Betriebe aufzusuchen, um nach einer neuen Parole zu fragen. So ruhten bereits Dienstag abend in den Werken Favoriten, Margareten, Fünfschhaus und Floridsdorf sämtliche Kriegsbetriebe. In Ottakring wurde der Streik erst Mittwoch früh organisiert. Im Laufe des Mittwochs schlossen sich zahlreiche Wiener Privatbetriebe der Streikbewegung an. Donnerstag verhinderte die Wiener Arbeiterschaft der Wiener Hofoper die Vorstellung, indem sie erzwang, daß das Publikum nach Hause geschickt werden mußte. Am Freitag war Wien bereits ohne Licht und kein Theater versuchte mehr zu spielen. Freitag mittag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt und Freitag mittag sind die letzten Zeitungen in Wien erschienen.

Die Forderungen

Sonnabend früh erschien im Verlage der „Wiener Arbeiterzeitung“ ein zwei Seiten umfassendes Mitteilungsblatt an die Arbeiterschaft. Auf der ersten Seite des Mitteilungsblattes sind folgende vier Punkte festgesetzt, die lauten:

1. Es wird gefordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Brest-Litowsk von keinerlei territorialen Zugeständnissen der Russen abhängig macht, daß die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiter über den Stand der Verhandlungen regelmäßig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen auf dem Laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht versagt.
2. daß die Regierung einer gründlichen Reorganisation des Verpflegungsdienstes, insbesondere der Gleichstellung der Selbstverpflegung mit der übrigen Bevölkerung zustimmt.
3. daß die Regierung die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretungen zusagt und
4. daß sie der Aufhebung der Militarisierung der Betriebe keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legt.

Ueber die Verhandlungen mit der Regierung wird berichtet: Die Regierung hat ihre Antwort auf die Forderungen der Arbeiterschaft den freigewählten Vertrauensmännern der Arbeiter und Arbeiterinnen mitgeteilt. Wir erblicken den Wert der Darstellungen der Regierung vor allem darin, daß diese sich nicht damit begnügt hat, in allgemeinen Redewendungen ihrer friedlichen Absichten zu bezeichnen, sondern über die konkreten Fragen, die den Gegenstand der Friedensverhandlungen bilden, vor allem über die polnische Frage, Auskunft gegeben hat. Handelt die Regierung nach ihrer heutigen Erklärung, so kann und wird

der Friede an diesen Fragen nicht scheitern und damit ist die größte Gefahr, die dem Friedensschluß mit Rußland entgegenstand, beseitigt. Was die Ernährungsfragen anbelangt, hat die Regierung unsere Forderungen — die Abschaffung des Privilegs der Selbstverpflegung und die Einschränkung der Lohnmüllerei — angenommen. Ferner hat sich die Regierung verpflichtet, die Demokratisierung des Gemeindefeldes zu fördern und ihren bisherigen Standpunkt, die Befehle, die das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen einführen, nicht zur kaiserlichen Sanktion vorlegen zu können, endlich aufzugeben. Schließlich hat die Regierung

Kriegsnachrichten

Italiens bedenkliche Lage

Bern, 22. Januar. Perseveranza bemerkt in einem Aufsatz zu Irlandes bevorstehender Rede in Mailand über die italienischen Kriegsziele: Daß über die Versorgung Italiens noch keine Gewißheit bestehe, zeige die schwankende Haltung des Lebensmittelkommissars. Man habe gehofft, daß die Zusammenkunft der Alliierten in Paris Italien Brot, Kohle und Stahl sichern werde. Leider sei nun aus ihr nichts geworden.

Seefrieg

702000 U-Tonnen im Dezember

M. L. B. Berlin, 21. Januar. Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702 000 Bruttoregistertonnen des für unsere Feinde nutzbareren Handelschiffsräumtes vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Bootkriegs auf 6 958 000 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das monatliche Fertigungsergebnis, mit dem das Jahr 1917 abschließt, ist in mehrfacher Hinsicht besonders befriedigend.

Es stellt sich um etwa 100 000 Bruttoregistertonnen höher als das des Monats November und übertrifft auch dasjenige des September und Oktober noch um rund 30 000 Tonnen.

In folgender Berechnung soll der Versuch gemacht werden, einen zahlenmäßigen Gradmesser für die militärische Leistung unserer U-Boote für die vergangenen 11 Monate zu finden:

Monat 1917	Ergebnis in Bruttoregistertonnen	Verlust in Bruttoregistertonnen	Verhältnis
Februar	8 217 000	781 500	9,5
März	8 125 000	855 000	10,9
April	7 958 000	1 091 000	13,7
Mai	7 817 000	869 000	11,1
Juni	7 667 000	1 016 000	10,3
Juli	7 508 000	811 000	13,8
August	7 367 000	808 000	10,9
September	7 200 000	672 000	9,3
Oktober	7 055 000	674 000	9,5
November	6 900 000	607 000	8,8
Dezember	6 733 000	702 000	10,4

Im Mittelmeer wieder 27000 U-Tonnen

Berlin, 22. Januar. Amisch. Unsere Uboote im Mittelmeer waren kürzlich mit besonders gutem Erfolg tätig. 7 Dampfer und 2 Segler mit rund 27 000 Br.-Reg.-Lo. sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen. Den Hauptanteil an diesem Erfolge hat Kapitänleutnant Beder (Frankr.) alle

Dampfer, bis auf einen, waren bewaffnet und fuhren meist in stark gesicherten Geleitzügen. Unter ihnen konnten namentlich festgestellt werden: die englischen Dampfer „Egyptian Transport“, „Steelville“, „Allenton“, „Arab“, deren Vernichtung für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer Bedeutung ist, weil mit ihnen 24 000 To. Kohlen verloren gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer, der sehr starken Detonation nach zu urteilen, Munition geladen, ein anderer, anscheinend mit Reis tiefbeladener Dampfer, wurde im Artilleriegefecht zäh verfolgt, auf die Klippen vor der Küste der Cyrenaika gejagt und dort, trotz Eingreifens der Landbatterie, vernichtet. — Die beiden Segler mit Namen „Guiseppa“ und „San Antonio“ waren italienischer Nationalität. Von ihnen hatte der erstere eine Holzladung.

Nördlich neue 18000 U-Tonnen

Berlin, 23. Januar. Amisch. Neue U-Bootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Br.-Reg.-Lo. Die Meh-zahl der Schiffe, die tiefbeladen waren, wurde im Vermellanal trotz starker feindlicher Abwehrmaßnahmen jeder Art versenkt. — Eines der vernichteten Schiffe, das in dem östlichen Kermellanal aus einem durch zahlreiche Seestreitkräfte geschützten Geleitzug herausgeschossen wurde, war allem Anschein nach ein Transportdampfer mit Kriegsmaterial.

Behandlung neutraler Seeleute in England

Reines Kommentars bedarf folgende unter der Ueberschrift „Nervöse Neutrale“ im „Journal of Commerce“ vom 12. 11. erschienene Notiz: „Vor dem Polizeigericht in Southampton erschienen sieben fremde Seeleute, drei Schweden, zwei Norweger, ein Däne und ein Russe unter der Beschuldigung, sich geweigert zu haben, in See zu gehen. Die Leute hatten sich für zwei Jahre, also so lange, als der Schiffsführer sie brauchen würde, verheuert, durften aber die Heuer mit 48 stündiger Kündigung leenbigen, wenn sie Erlaß stellten, der dem Kapitän zusagte. Als das Schiff nun nach Southampton kam, wollten sie es verlassen. Sie durften nicht an Land gehen, da es ein verbotener Hafen ist, hatten aber in anderen Häfen jede Möglichkeit gehabt, Landurlaub zu genießen, und sie führten Klage darüber, daß sie auf dem Schiff so gut wie im Gefängnis seien und ebenso gut auf dem Lande im Gefängnis sein könnten, wo sie die Gefahr der Torpedierung nicht laufen würden.“ Sie weigerten sich, in See zu gehen und das Schiff wurde deshalb seither still liegen müssen. Es handelte sich nicht um die Bezahlung, da jeder 46 Pfund zu fordern hatte. Auch dem Polizeigericht gegenüber weigerten sich die Leute nachdrücklich wieder, auf dem gleichen Schiff in See zu gehen. Der Russe wurde zurückgestellt, um auf seinen Wunsch ärztlich untersucht zu werden. Die übrigen sechs wurden zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Handersons Kriegsziele-Erklärungen

Was Keiser verweigert

Aus den englischen Blättern, deren Texte jetzt im Haag einzusehen, geht nach einem Bericht des „L.-A.“ hervor, daß Keisers Bureau in der wiedergabe der Erklärungen Handersons über die Kriegsziele der englischen Arbeiterpartei wichtige Überzeugungen hat. Was Handerson über das Selbstbestimmungsrecht der Völker sagte, war von Keiser gar nicht erwünscht. Er sagt, daß nicht nur keine Partei jede Lösung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Nationalitäten begrüßen würde, sondern auch, daß er für Ägypten und Indien eine schnelle Ausbeutung der Selbstbestimmungsrechte der Arbeiterpartei würde unter keinen Umständen ablehnen würde. Die Arbeiterpartei würde unter keinen Umständen die Selbstbestimmungsrechte zulassen. Höchstens würde den kleinen Nationalitäten, welche sich der jetzigen Herrschaft über sie ergehen wollten, aber zu schwach sind, um sich selbst ein internationales gemeinschaftliches, vorübergehendes Protektorat von den britischen Arbeitern zu erbeten.

Staatssekretär a. D. Dernburg als Warner

Gegen die Eroberer der „Vaterlandspartei“

Frankfurt a. M., 13. Januar. Hier sprach Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg vor einer überaus zahlreichen Zuhörerschaft über „Unsern Frieden“. Er wandte sich gegen die verkehrende und kriegerisierende Agitation der „Vaterlandspartei“ und betonte die bedauerliche die in ihr ihr volziehende Verbrüderung zwischen äußerer Täuschpolitik und innerer Reaktion, wobei er an das Wort des Herrn von Oldenburg-Jonahen erinnerte: „Wenn wir das Reichstagswahlrecht für Preußen erhalten, haben wir den Krieg verloren.“ Dr. Dernburg erörterte dann eingehend, was es mit dem sogenannten Verzichtstriede auf sich habe. Er fragte, ob Deutschlands Zustand vor drei Kriegen so unerträglich war, daß seine annähernde Wiederherstellung ein Unheil sei? Alle Ansprüche der Amerikaner auf Kriegskompensationen durch Landverwerb oder Geld wies er als Pörsche und unangenehme Forderungen ab. Es gebe nicht so viel Gold, um durch dieses Zahlungsmittel eine im Vergleich zu den ungeheuren Kriegskosten neunenswerte Entschädigung an einmal heranzubekommen. Für die Eindringung langfristiger Renten-zahlungen von England und Amerika seßten uns aber späterhin

Das Vermögensopfer

Von Wilhelm Blas, M. d. R.

Vor dem Kriege haben die herrschenden Klassen es stets verstanden, die gesamte Steuergegebung zu ihrem Vorteil einzurichten...

Der Krieg hat Deutschland eine so ungeheure Schuldenlast gebracht, daß jeder frühere Maßstab dafür unzureichend ist...

Natürlich gibt es viele Elemente, die an den alten Gepflogenheiten einfach festhalten wollen...

Wo man sozial Einsicht hat, auf eine Kriegsschädigung zu verzichten, da muß man sich mit jenen auseinandersetzen...

Mit der Einführung von Staatsmonopolen in Industrie und Handel wäre schon eher etwas zu erreichen...

Und ganz von selbst ist der Gedanke zum Durchbruch gekommen, daß diesmal die reichen Leute ein Opfer bringen müssen...

Und ganz von selbst ist der Gedanke zum Durchbruch gekommen, daß diesmal die reichen Leute ein Opfer bringen müssen...

erleidet werden durch starke Vermögensverluste im Betrage von einem Viertel bis zu einem Drittel des Gesamtvermögens...

Welch eine Wendung! Wie ist man seinerzeit über die Sozialdemokratie hergefallen, wenn wir von den besitzenden Klassen Geldopfer für die Gesamtwohlfahrt verlangten!

Allerdings sind während des Kriegslärms die Beteuerungen: „Gut und Blut fürs Vaterland“ opfern zu wollen, im Verhältnis weit mehr von reichen Leuten ausgegangen...

Welche Widerstände zu erwarten sind, kann man jetzt schon zum Teil sehen. Wertwürdigerweise ist es gerade ein Organ der linksliberalen Bourgeoisie...

Wenn diese Finanzreform zustande kommt, und ihrem Zwecke entsprechen soll, so muß sie so beschaffen sein, daß dabei die kleinen Leute ganz unbelastet bleiben...

Man erzählt uns so gerne von den Frauen von 1813, die ihre Trauringe und ihre schönen Haare auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben...

Selbstverständlich kann es sich bei dem Vermögensopfer nicht nur um Kriegsgewinner handeln. Es handelt sich vielmehr um Heranziehung des ganzen großen Kapitalbestandes...

Danziger Nachrichten

„Briefe, die ihn nicht erreichten.“

Briefe, die ihn nicht erreichten! Botsen aus der Welt des Todes. Zu Hunderten, ja zu Tausenden hat die Post sie befördert...

Anders als die Väter schreiben die Mütter. Ihnen waren die zu Männer gewordenen Söhne fast Fremde, auf die sie wohl stolz waren, vor denen sie aber doch Scheu und Respekt empfanden...

Es kommen die Briefe der Gattinnen. Jene eben kriegsgetragenen Frauen erzählen von ihrer Mädchenzeit, die ein Warten war auf den Geliebten, denen der Krieg ein Rufen ist für Hausstand und Ehe...

Die Fahrmanns-Trompete

Sie erheben Vernunft- und Friedensgeschrei, Diese Fröhlichkeit ist nicht zu ertragen!

Wir sind reklamiert und ferugeseund Und fochten mit wuchtigen Hieben, Ein Glasauge und ein hölzernes Bein Sind als Beute am Plage geblieben.

Wir feiern mit Reben die „Wacht am Rhein“, Die „Bader“, die für uns gefallen — Aber Kriegsstrüppel, die um Frieden schrei'n, Soll man rückwärts niederknallen!

Wir sind reklamiert und verdienen am Krieg Und hungern nach mehr bunten Rosen! D'rum weiter, Ihr andern, von Sieg zu Sieg! Wir leben! — Tot sind die Toten!

Frank.

Strandwanderung im Schneesturm

Wer unsere Ostsee nur vom Sommer her kennt, wenn lachender Sonnenschein über der Bucht strahlt und tausende Menschen Strand und Badeorte erholung- oder genußsuchend beleben...

Ich liebe das Meer zu jeder Stunde als ein Urbild der Ewigkeit. Was es sich regungslos unter tiefblauem Sommerhimmel breiten, die klare, durchsichtige Fluß uns zum Bade, der

Strand zu seligem Träumen locken, mögen am Horizont Gewitterwolken oft gedankenschnell, gleich bizarren Gebirgsbetten sich aufkürmend, zu nachtschwarzen Massen geballt...

Ein frostkalter, windiger Morgen mit schneeverhangenem Himmel war's, als ich nach Joppot fuhr, um von hier aus an vereistem Strande gen Norden zu wandern...

Proteste Eiszapfen und Kränge verzieren den bauernd von Wellen überfluteten unteren Teil des Steges. Danzigs altersgraue Türme und Bauwerke ragten kaum wahrnehmbar aus dem jede Fernsicht hemmenden Dunst- und Schneefleier...

Am Nordhade vorbei, nahm ich meine Wanderung längs dem für planierende Sommergäste geschaffenen Promenadenwege auf. Mit gewaltigen Faustten packte mich der Sturm, so daß ich jeden Schritt vorwärts erkämpfen mußte...

Hei, wie es in den Büsten brauste, wie Sträucher und schlankte Birken sich demütig zur Erde neigten, während knorrige Kiefern und feste Buchen erschauern und knarrien und ächzten!

Ich folgte dem Locken der Sturmvögel und strebte, die Hochdüne verlassend, dem Strande zu. Gefrorene Schneemassen waren hier stellenweise zu mächtigen Hügel geschichtet, in die der Wind und die vor Bildung des Eisstreifens überflutende Bogen oft tiefe Höhlen gefressen hatten...

Bildet sonst bei günstigem Weg- und Wetterverhältnissen die Strecke Joppot-Adlershorst einen leicht zu bewältigenden angenehmen Spaziergang auch für des Wärberrns Ungewöhnliche,

aus dem Leben der Welt, der die Freude gewonnen hat im All- tag des Lebens. Das munde sich um die Welt, die sich im Leben bewegt. Alle kommen sie zurück, alle wieder. Die Welt hat nicht mehr erfahren von den Hoffnungen der Welt, die erst angeordnet ist. Der Vater kann nicht mehr leben, er ist gestorben, die die Entdeckung der Kinder mit sich bringt. Das Herz, das Krieger verstanden wurde im Leben, ist tot.

Und Kinderbetriebe sind dabei. Mütterlich gemachte Buch- haben der ungeliebten Hand kleiner Mädchen. Briefe der Mutter, die so hoch sind auf den Vater, der ihnen als Held er- scheint, von Mädchen, die ihn von der Mutter und ihren Taten erzählen. Und Brautbriefe! Wer möchte den Scherz- lichen von der feuchten Liebe des Mädchenbetriebs. Alle kom- men sie zurück, diese Briefe und mit ihnen ein Meer von Jäh- rlichkeit und Sehnsucht.

Wer hätte wohl schon den ersten Ausschrei, wenn sich ein Brief zurückkam, der sein Ziel nicht erreichte. Laufend- schritt ist das Schicksal, in dem dieser Schrei widerhallt. Noch geht es nicht aller Orten. Noch gibt es Menschen, die meinen, es sind nicht genug Opfer, die der Krieg gekostet hat. Oh auch in- wohl Briefe schreiben, Briefe voller Jählichkeit, voller Sehnsucht, voller Hoffnung. Briefe, die den nicht erreichten, dem sie bestimmt waren, die zurückkommen, Boten aus der Welt des Todes?

Deffentliche Frauenversammlung

Ein voller Erfolg für unsere Partei war die am Dienstag abend im Lokal Bürgergarten, Schönblick, abgehaltene Frauen- versammlung. Ungefähr 400 Frauen waren erschienen, um die Ausführungen der Genossin Duchacz, der Schriftleiterin der sozialistischen Frauenzeitung „Die Gleichheit“, und Ver- treterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands im Parteivorstande, zu hören. „Friedenshoffnungen und Wünsche der deutschen Frauen“ lautete das von der Genossin Duchacz behandelte Thema. Auch für die Referentin war die Versammlung am Dienstag ein schöner Erfolg. Es war das erste Mal, daß sie in Danzig auftrat. Bis- her war sie hier, wie überhaupt im Osten, unbekannt, und doch waren die Frauen in Scharen herbeigeströmt. Ein Zeichen der steigenden Jugendkraft sozialistischer Ideen. Unter den Erschei- nenden bemerkten wir auch eine Anzahl bekannter Damen der Fortschrittspartei, die sich sehr zustimmend zu den Ausführun- gen der Genossin Duchacz äußerten. Lautlos folgte die große Zahl Arbeiterfrauen den Ausführungen der sozialistischen Führerin. Begeistert äußerten sie ihre Zustimmung zu der Kritik an den Zuständen auf dem Lebensmittelmarkt. Scharf machten sie auch ihrer Empörung gegen die vaterlandsparteilichen Friedensbegehren Luft. Eine große Anzahl der Versamm- lungsteilnehmerinnen gaben ihrer Übereinstimmung mit der Anschauung der Referentin Ausdruck, indem sie sich zur Mit- gliedschaft in der sozialdemokratischen Partei anmeldeten. Die Genossin Duchacz führte in ihrem Referat aus:

Das „alte deutsche Volk“ lehnt sich nach Frieden. Der Krieg ist ja nicht nur Männerfrage, auch die Frauen sind am Kriege mitbeteiligt, sie sind gleichfalls an einem baldigen Frieden interessiert.

Als der Krieg ausbrach und die Männer ins Feld gingen, waren auch die Frauen in Mitleidenschaft gezogen. Ihre Männer, Väter, Brüder und Söhne waren es ja, die hinaus- mußten. Und es ging ja nicht allein der Familienvater, es ging auch der Ernährer der Familie. Die vom Staate gezahlte Kriegsunterstützung war, darüber waren sich alle Einsichtigen klar, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel, daher schauten die Frauen bang in die Zukunft.

An die Stelle der zum Kriegsdienst eintretenden Männer traten Frauen. Heute ist die Frau auf allen Gebieten des Wirtschaftens erwerbstätig. Vor allem im Verkehrsleben. An der Preussischen Staatsbahn z. B. waren vor dem Kriege circa 1000 Frauen in den Bureaus und Geschäftsräumen beschäftigt. Jetzt sind rund 100 000 Frauen im Eisenbahndienst tätig. Am Schalter, an der Bahnsteigpforte, als Schaffnerin, überall begegnen wir den Frauen. Allerdings werden Frauen sogar für den Heizerdienst angelehrt. Daß in diesem Berufe einmal Frauen beschäftigt werden würden, hatte vor dem Kriege wohl niemand gedacht. Wir müssen aber immer be- denken und dürfen nie vergessen, daß an Stelle der Frau früher ein Mann stand, der jetzt Kriegsdienste leistet.

so bedauerte es unter den herrschenden Verhältnissen einer körperlichen Anstrengung von 1 1/2 Stunden, bis ich die hoch an- licher geborgenen Fächerhüte vor Mühschaft erreichte. An- gefichts dieser zur Untätigkeit gezwungenen Boose drängte sich mir der zur Resignation zwingende Gedanke auf, daß wir Städte infolge der jetzt häufigen Stürme wohl vorläufig über- haupt keinen Fiskus mehr zu leben bekommen werden; felsen- genig geküßt es ja bisher schon, daß winzige Fische in ge- ringe Menge an die Bevölkerung zur Verteilung gelangten.

Lächlich durchstoben und brennenden Gesichts, suchte ich eine Aderschorfer Wirtschaft auf, wo ich in ungeheuerem Zim- mer als einziger Gast mitgenommenes Brot verzehrte und mein Lebensmühsal durch den Genuss eines Glases verhältnismäßig guten Kriegsgroggs wieder auf die zum Weitermarsch not- wendige Loosung gebracht wurde.

Als getrübt stieg ich nach schändlicher Rasi die hinter dem Turke imponent anwachsende Höhe hinauf, in der etwas un- angebrachten Erinnerung, vielleicht einen weiteren Ueberblick zu gewinnen, als er mir bisher vergönnt war. Mein Auge reißt nicht weiter wie vorhin. In unermünder Kraft und Ausdauer jagte der aus Richtung Nordwestost kommende Sturm wie ein beständiger, jaulender Riesenkoloss hinter den Säulen stehenden Wolkenherden her, jeden Ausblick über eine Entfernung von wenigen hundert Metern verhindernd.

Das mir aus schönen, verträumten Sommerstunden in sehnsüchtiger Erinnerung haften, einst auf dem Landwege wandernd erreichte, jagenderhohes Fels liegen im Meer ver- loren zu sein, was dem es in großen Verzweiflung aufgelöst ist. Klang mich gedanklich Gedanken an den verlustenen Ort aus der Tiefe zu mir herauf? Es hätte mich auch nicht überrascht, wären zwischen den jagenden Schnee- und Wolken- massen hochbockige Schiffe aus Paul Bernes, des harten See- rogers Zeit, auf dem Meere sichtbar geworden, gegen Sturm und Wellen ankämpfend.

Nach der Kostbarkeit sind die Scharen von Frauen im Kriege. Ingleichen im Straßenbahnverkehr der Großstädte, der heutzutage in der Hauptsache von Frauen auf- recht erhalten wird. Wie hätte es werden sollen, wenn sich keine Frauen für diese Arbeiten gefunden hätten? Es wäre der Fall der Volkswirtschaft gewesen! Daran ist zu erinnern, daß wichtige Stelle heute die Frauenarbeit im Volkswirt- schaftsbereich spielt.

Wie im Verkehrsleben, so auch im Handel und Gewerbe. Die meisten der erwerbstätigen Frauen sind in der Industrie und vorwiegend in der Kriegsindustrie tätig. Zur Kriegs- industrie gehört ja nicht nur die Herstellung von Waffen und Munition, alles was der Soldat braucht und trägt, seine Kleidung, seine Wäsche, der Tornister und die übrigen Aus- rüstungsgegenstände, an allem sind Frauen tätig gewesen. Nichts könnte heute fabriktiert werden ohne die Mithilfe der Frauen. Vor dem Kriege war in den Betrieben der Firma Krupp keine Frau tätig. Nur in den Kontoren und Bureaus wurden Frauen und Mädchen beschäftigt. Ende 1914 waren schon 10 000 Frauen und heute sind circa 40 000 Frauen und Mädchen in den Fabriken der Firma Krupp zu Essen erwerbs- tätig. Überall wo Rüstungsindustrie, da große Scharen ar- beitender Frauen.

Es ist aber notwendig, daß sich die Frauen der Bedeutung ihrer Arbeit für unsere Volkswirtschaft bewußt werden. Die Erfahrungen der Kriegszeit dürfen an den Frauen — aber auch nicht an den Männern — spurlos vorübergehen.

Man muß sich klar sein, daß es etwas ganz anderes ist, wenn heute die Frau täglich der Erwerbsarbeit nachgeht, als wenn es früher der Mann tat. Ging früher der Mann zur Arbeit, so war die Frau zu Hause und sorgte für seine Bedürf- nisse. Auf der erwerbstätigen Frau ruhen aber neben den Lasten der Berufsarbeit, die für den weiblichen Organismus teilweise viel zu schwer und äußerst gesundheitsschädlich ist, noch die Lasten der Hausarbeit. Die Hausarbeit ist aber an sich in der Kriegszeit viel zeitraubender und komplizierter ge- worden durch Nahrungsmittelmangel und Verteuerung der gesamten Bedarfsartikel. Das Herz der Mutter blutet, wenn sie sehen muß, wie die Kinder in der Kriegszeit um ihre Kind- heit betrogen werden. Darum haben die Frauen ein Interesse an der Beendigung des Krieges. Aus menschlichen Gründen lehnen sie sich nach dem Ende des Blutvergießens. Aber auch um das Leben der Frauen zu erleichtern, die auf ihren Schul- tern ruhenden Lasten abzuwälzen, müssen wir eine neue Zeit herbeiführen.

Nicht nur zahlenmäßig festzustellende Opfer an den Fronten fordert der Krieg. Auch in der Heimat fordert er zahl- lose Opfer. Viele sind es, die zugrunde gehen oder schwere Schäden nehmen an ihrer Gesundheit, weil die Nahrungs- mittel, die uns zur Verfügung stehen, ihrem geschwächten Kör- per unzutraglich sind. Daneben erregt vor allen Dingen die Kinderfrage große Besorgnis. Schon vor dem Kriege wurde die Säuglingssterblichkeit — teilweise nicht erfolglos — be- kämpft. Aber immer noch waren erhöhte Ziffern, die uns die Statistik der Säuglingssterblichkeit zeigte. Während des Krieges nun ist die Sterblichkeit der Säuglinge stark zurück- gegangen. Aber auch eine große Zahl Geburten sind ausge- fallen, so daß, was die Bevölkerungszunahme anbelangt, ein Ausgleich vorhanden ist. Aber anscheinend haben die Jüngsten unter dem Kriege nicht so gelitten. Dieses ist die Wirkung der Reichsmoosherbule, welche es ermöglichte, daß die Mütter zum großen Teil ihre Neugeborenen selber nährten und sich ihnen in der ersten Zeit widmen konnten.

Weit mehr, als die Neugeborenen sind die Kinder im Alter von 1—6 Jahren bedroht. Wie unsäglich gerade die leiden müssen, geht aus Mitteilungen hervor, die vor kurzem auf einem Kongreß im Preussischen Abgeordnetenhaus zu Berlin gemacht wurden. 50 Prozent aller schulpflichtigen Kin- der waren bereits einmal von der Tuberkulose infiziert. Das ist eine große Gefahr für die Volksgesundheit, die große Sünde dieses Krieges an unseren Kin- dern: Wenn sie auch nicht alle sofort sterben, so wird doch ein großer Teil von ihnen gesundheitlich auf das Schlimmste geschädigt. Keine Zahlen geben uns Kunde von diesen furcht- baren Opfern des Krieges. Hier aber müssen alle zusammen- stehen, um diese ungeheure Gefahr von unserer Nachkommen- schaft abzuwenden.

An solchen Tagen, wenn die Elemente in Aufruhr sind, fühle ich mich oft in Zeiten zurückversetzt, die längst im Sande der Ewigkeit verannnen. Nichts ist meines Erachtens mehr dazu angehen, uns die Bingeigkeit und Vergänglichkeit der Menschen und ihrer Werte zu offenbaren, wie die gewaltige Sprache der Natur. Wer ihr andächtig zu lauschen versteht, lehrt von Schladern befreit, sinnend zum heimischen Herde zurück.

Ich mußte an die Rückwanderung nach Zoppot denken, wollte ich den vor Abend letzten Zug nach Danzig 115 er- reizen.

An den Sturm als Beggenossen hatte ich mich nun zur Genüge gewöhnt. Ich zürnte ihm auch nicht, als er mir die in dem Gasthause angezündete Zigarette aus dem Munde riß und in den tanzenben Säulenhallen warf. Das Schneetreiben setzte selbst gegen Mittag kaum für Minuten aus. Die Sonne hatte scheinbar ihre fleischhafte Leuchtkraft eingebüßt, denn nur für Augenblicke vermochte sie mit matten Blinzeln die Erde zu grüßen.

Am Strande bleibend, schritt ich rüstig aus, und bald tauchten die Türme von Zoppot in meinem Gesichtsfeld auf. Kein Mensch war mir auf meinem Wege begegnet, nicht- hatte mich abgelenkt, dem brausenden Bied von Sturm und Welle zu lauschen. Seine Affärede klangen mir noch in den Ohren, als ich bereits wieder den nun vollig verwehten Promenadenweg unter den Füßen hatte, der mich durch den Nordpark nach Zoppot geleitete.

Am Seeberge, dort wo ich die Wanderung morgen- begann, grüßte ich noch einmal abschiednehmend zum fest- lichen Lunnetplatz Negris und seiner Gefolgschaft hinüber. Dann schiederte ich, bereit und bekneht, aber frohen, zu- frieden und mühs gemacht durch die größte von ihnen- Dämonen und ihren Kriegswallieren belebte Süßstraße zu Zoppot.

Schon war's! Wer kommt das nächste Mal mit? E. L.

Auch die Schaulinder leiden schwer unter dem Nahrungs- mittelmangel, besonders soweit sie schon früher gesundheitlich geschwächt oder geschädigt waren.

Aber unsere Schaulinder ist auch moralisch und sittlich gefährdet. Nicht nur den Vater, auch die Mutter müssen sie ja fast gänzlich erziehen.

Diese Momente zwingen uns zu sagen: Deutschland darf nicht so wie es war aus dem Kriege hervorgehen. Aber nicht etwa im Sinne der Vaterlandspartei, territorial vergrößert und unter einem herabströmenden Goldregen soll Deutschland verändert aus dem Kriege hervorgehen. Die Sozialdemokratie ist es ja, die in erster Linie für einen Frieden der Verständigung eintritt. Kein Volk soll vergewaltigt wer- den! Was wir nicht wollen, daß man uns tue, soll auch nie- mand anders zugefügt werden. In diesem Sinne soll das alte Deutschland aus dem Kriege hervorgehen. Aber die inneren Zustände sollen von Grund auf geändert werden. Ein Land der Freiheit im wahren Sinne des Wortes soll unser Vaterland werden.

Die Referentin erörtert die Wahlrecht und wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Wahlrechtsfinden. Sie fordert unter stürmischem Beifall der Versammlung Mit- bestimmungsrecht der Frau in Reich, Staat und Kommune.

Was wird nach dem Kriege werden? Werden die Frauen die während des Krieges innegehabten Stellungen freiwillig für die Männer räumen? Die Frauen arbeiten nicht, wie welt- fremde Ideologen annehmen mögen, aus vaterländischem Pflichtgefühl heraus, nicht aus Idealismus oder Patriotismus, sondern gezwungen durch die wirtschaftliche Not. Die Arbeits- kraft der Frau ist billiger, darum wollen die Unternehmer die Frau auch nach dem Kriege zur Lohnregulierung, wie sie sagen, beschäftigen. Wirtschaftliche Not, Anschaffungsnotwen- digkeiten für den Haushalt, an Wäsche, Schuhe usw. werden die Frau zwingen, auch nach dem Kriege noch erwerbstätig zu sein.

Ein furchtbarer Konkurrenzkampf zwischen Männer und Frauen wird nach dem Kriege entbrennen. Da ist es höchste Zeit für die Frauen aus ihrer Passivität aufzuwachen. Hätten die Frauen während des Krieges die Konjunktur genutzt, so hätten sie sich und den Frauen genützt. Schon vor dem Kriege bestand die Tendenz der Ausdehnung der Frauenarbeit. Aber während des Krieges hat sie sich gewaltig ausgedehnt. Bis- her waren Politik und Volkswirtschaft für die Frauen ein Buch mit sieben Siegeln. Das muß jetzt anders werden. Die Frau muß erkennen, daß in den Organisationen die ein- zige Möglichkeit zur Verbesserung der Klassenlage des Prole- tariats liegt.

Man sollte meinen, der Krieg habe bei Männern und Frauen das Solidaritätsgefühl gehoben. Zweifelloso werden die Frauen, die den Krieg gekostet und im Erwerbsleben ge- standen haben, anders denken gelernt haben. Aber die Zu- stände auf dem Lebensmittelmarkt haben nicht gerade er- ziehend gewirkt. Durch sie ist der Egoismus stark gesteigert worden. Auf die Zustände in der Lebensmittelversorgung ein- gehend übt die Referentin scharfe, sachliche Kritik an den ungenügenden Maßnahmen der Regierung, auf die Anträge und Verbesserungsvorschläge der sozialdemokratischen Partei und freien Gewerkschaften hinweisend.

Ausführlich erörtert die Referentin dann die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei und ihrer Reichstagsfraktion für die Feldgrauen, die Kriegerfrauen, die Witwen und Waisen. Was die Sozialdemokratie als Partei des arbeitenden Volkes geleistet hat, ist der Beweis, daß sie dem deutschen Volk und vor allem der deutschen Arbeiterschaft die Treue gehalten. Hat aber die Arbeiterklasse auch ihre Treue gehalten. Von den Männern kann man nichts sagen. Sie dürfen als Soldaten nicht Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein. Aber von den Frauen muß verlangt werden, daß sie nachhaken, was bisher infolge politischer Kurzsichtigkeit versäumt wurde.

Die Frauen drängen nach dem Frieden. Der Kampf, den wir für den Frieden führen, ist schwer, da er teilweise gegen die eigenen Volksgenossen geführt werden muß. Gegen Volksgenossen, die ungeheure Summen Geldes gegen uns in die Waagschale werfen. In diesem Kampfe brauchen wir die Unterstützung jedes einzelnen.

Wir wünschen einen Frieden, der keinen Zündstoff zwischen den Nationen zurückläßt.

Mit der Aufforderung, sich der Sozialdemokratie zum Kampfe für den Frieden und die Menschheitskultur anzu- schließen, schloß die Genossin Duchacz unter stürmischem Beifall der Versammlung ihre Rede.

Die Mitteilung, daß seitens der Kommandantur keine Ausprache zugelassen worden sei, erregte lebhaften Unwillen in der Versammlung. Laute Protestrufe wurden hörbar. Einige kurze Anfragen aus der Versammlung wurden von der Genossin Duchacz nach einer kurzen Pause beantwortet, die dann noch einmal aufforderte, Mitglied der Sozialdemokratie zu werden, ihre neue Anhänger zuzuführen und Leser der „Volkswacht“ und der „Gleichheit“ zu werben.

Eine im Sinne der Rede gehaltene Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

E. B.

Versammlung der Kriegsbeschädigten

Der Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteil- nehmer hielt am Sonntag im Jungstädtischen Gesellschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, in der der Vertreter der Hand- werkskammer in der Berufsberatungsstelle, E. Sellin, einen Vortrag hielt über „Berufsberatung und Kriegsbeschädigten- fürsorge“. Redner ging die Phasen des Krieges durch, der uns ungezählte Verwundete und Kranke brachte, für die besonders besorgt werden mußte. Es wurden Versorgungsausschüsse und Berufsberatungstellen gebildet, die gegenreiche Einrichtungen liefen, z. B. die Lehrwerkstätten. Die Helfkunst, die mechanischen Werkzeuge und Ersatzteile entwickelte sich zu ungeahnter Höhe. In den Berufsberatungsstellen sind vertreten, Ärzte, Orthopäden, Industrie, Handwerk und Arbeitnehmer. Neuer- lings macht es sich bemerkbar, daß die Industrie nicht durch- weg die Belegung hat, den Kriegsbeschädigten den vollen Lohn zu zahlen, die Anrechnung der Rente wird verweigert. Notwen- dig erscheint daher die Schaffung sozialer Gesetze zum Schutze der Kriegsbeschädigten. Bestimmt werden mußte, daß bei min- destens 10 Arbeitern 1 Kriegsbeschädigter beschäftigt werden mußte. Sonst würden später die Beschädigten überhaupt keine der nur schlecht bezahlte Stellen erhalten können. — Die gut besuchte Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu. Nach

Erfolgung einiger internen Angelegenheiten trennten sich die Mitglieder, um für den Bund und damit für alle, die nicht sorglos in die Zukunft sehen können, zu wirken.

Biedermeier-Theater-Abend.

Am Sonnabend d. 2. Februar veranstalten die Sozialdemokratischen Vereine Danzig-Stadt und Land im Restaurant „zur Dübahn“ in Ohra einen Theaterabend. Zur Auführung gelangen zwei der besten Alt-Berliner Gesangspiesen „Das Fest der Handwerker“ und „Guten Morgen Herr Fischer“. Die Rollen sind durch bewährte Kräfte der „Freien Dramatischen Vereinigung“ besetzt. Ein genußreicher Abend steht zu erwarten. Programme sind im Vorverkauf erhältlich in der Buchhandlung Volkswacht, Zigarrenhandlung Sellin und beim Genossen Watz, Ohra-Niederfeld.

Danziger Stadttheater

Hedda Gabler von Ibsen

In den meisten seiner Dramen behandelt Ibsen die moderne Ehe. Am eigenartigsten wohl in „Hedda Gabler“. Hier schildert er eine Frau der gebildeten Kreise, die überfüllt und doch unbefriedigt von den Reizen des Lebens einen haltlosen, genialen Mann in den Tod treibt und dann, als sie erfährt, daß er nicht einmal in Schönheit starb, sich selbst den Tod gibt. Es fallen in diesem Drama Ibsens keine naturalistisch gefärbten Worte, die unerfreulichen Vorgänge werden nur zart angedeutet, und dennoch gibt das Schauspiel wie wenige andere ein getreues Sittenbild unserer Zeit. Wenn manche bürgerlichen Kritiker zu Anfang des Krieges meinten, daß die jegliche „große Zeit“ solche Frauengestalten habe verschwinden lassen, so hat gerade die lange Dauer des Krieges das Gegenteil bewiesen. Die „Kultur“ die solche Menschen wie die perverse Hedda Gabler, den genialen verbummelten Eöoborg und den jynisch künfternen Rat Brack hervorbringt, ist mit dem Krieg mit seiner Verarmung der Massen auf der einen Seite und der Anhäufung von Riesengewinnen auf der andern Seite mächtig gefördert worden.

Die Aufführung entsprach unter der geschickten Spielleitung Leo Hubermanns ganz dem Geiste Ibsens. Maria Wera spielte die Titelrolle. Der Künstlerin liegen Ibsens Rollen ganz besonders. Das bewies sie schon in der vorjährigen Aufführung der „Frau vom Meer“. Ihre Hedda Gabler war ganz die vornehme Generalstochter, die in ihrer krankhaften Lebenslust und Herrschsucht zur pervertierten Lebensgefährtin wird. Ihr philistiner Gatte fand durch Hans Liebes eine sichere annehmbare Darstellung. Der Künstler bewies damit auch seine Begabung für größere Aufgaben, als ihm bisher zuteil wurden. Genannt seien noch Leo Hubermann als Eöoborg, Heinz Perino als Rat Brack und die Damen Jenny von Weber und Charlotte Krulle als die mehr farblosen Frauen des Stückes. Möge „Hedda Gabler“ nicht das einzige Stück Ibsens sein, das uns in dieser Spielzeit geboten wird.

Sichtbilder-Vortrag.

Die hiesige Ortsgruppe des Touristen-Vereins „Naturfreunde“ veranstaltet am Sonntag im Lokale der Wwe. Steppuhn einen Sichtbildervortrag. Näheres siehe Inserat.

Was müssen Stadt und Land von einander wissen?

Ueber dieses Thema sprach Professor Ehringhaus am Sonnabend im Werkspießhaus vor etwa 300 Personen. Veranlaßt war die Versammlung vom stello. Generalkommando. Der Vortragende, der seit etwa zwei Monaten im Berliner Kriegsernährungsamt tätig ist, unternahm den Versuch, Stadt und Land einander näher zu bringen. Er schilderte zunächst die große Liebe des Landwirts zu seinem Acker, seiner Ernte und seinem Vieh. Der Landwirt läge an seiner ganzen Wirtschaft und könne es nicht verstehen, wenn von ihm restlose Abgabe seiner Erzeugnisse, mit Ausnahme der ihm und seinen Angehörigen zustehenden Menge, verlangt werde. Man solle den Landwirt nicht scharf kritisieren. Denn wir seien in der Hand des Landwirts. Der Produktionszwang sei Unsinn. Der Städter habe Schuld, daß der Landmann Höchstpreise überbreite. Der Städter sei aufs Land gezogen und habe dem Landmann höhere Preise für seine Erzeugnisse angeboten. Wenn die Kartoffel billiges Futtermittel wird, dann verfallere sie der Landmann. (Warum hat v. Waldow ohne stichhaltigen Grund und ohne den Beirat gehört zu haben, den Preis für Hafer von 330 Mk auf 400 Mk. erhöht? R. d. „B.“) Der Landwirt weiß vielfach nicht, wie sehr der städtische Arbeiter leide. Mit 42 Jahren sei der Arbeiter in Bochum Invalide. Es sei nötig, den Landleuten Gelegenheit zu geben, die schwere und gefährliche Arbeit der Industriearbeiter kennen zu lernen. Auf Vorschlag des Vortragenden haben bereits solche Veranstaltungen mit gutem Erfolge stattgefunden. Der gewerbmäßige Schleichhandel müsse mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Die Bevölkerung müsse mithelfen, durch rücksichtsloses Anzeigen.

Dem falschen Gerede von den hohen Löhnen der Arbeiter, machte der Redner, auf Anfrage, durch die Erklärung ein Ende, daß die Löhne männlicher Arbeiter in den Städten um 46 und die, weiblicher Arbeiter, um 51 Prozent gestiegen seien. Dieser Lohnsteigerung stehe aber eine Erhöhung der Preise für Lebensmittel, Kleider, Schuhzeug und dergleichen von mindestens 200 Prozent gegenüber. Dreiviertel aller Menschen in der Stadt sind armer geworden. Der zwanzigste Teil ist Kriegsgewinnler. Die Stadt lebe schlichter als das Land. Stadtverordneter Mißy und Dr. Grünspan traten für den landwirtschaftlichen Produktionszwang ein. Dr. Grünspan empfahl eine gewisse behördliche Produktionsregelung, von der er mehr Vorteile für die Allgemeinheit erwartete. Das Prinzip der Anreizpreise habe sich nicht bewährt. Salkowski wollte anscheinend die schwierige Agrarfrage lösen. Er empfahl die Aufteilung der großen Güter. Zwei Arbeiter fanden entschieden scharfe Worte gegen Händler und Schleichhandel. Einer davon empfahl den Herren „oben“ mit den rationierten Lebensmitteln auszuhalten, dann werden die

Arbeiter auch aushalten. Der Reichszucker beziehe Lebensmittel unkontrolliert aus Bayern. Das sei nicht richtig. Professor Ehringhaus meinte, daß bei einem 74 Jahre alten Manne auf solch verantwortungsvollen Posten Ausnahmen zulässig seien. Ein anderer Redner empfahl zur Bekämpfung des Schleichhandels und der „Hamster“ zollamtliche Einrichtungen. Redakteur Buchholz wies nach, daß selbst der Agrarierführer Wangenheim eine Produktionsregelung anstrebe.

Professor Steinbrücker der den Vorsitz führte, schloß die Versammlung, nachdem er seiner Freude über den gelungenen Abend Ausdruck gegeben hatte.

Beitragssteigerung und Reguliervänderung im Gewerkschaftskartell.

Das Gewerkschaftskartell beschäftigt sich gegenwärtig mit der Erhöhung der Beiträge. Nach einem Vorschlag des Ausschusses sollen die angeschlossenen Vereine und Verbände vom 1. April 1918 ab pro Mitglied und Quartal 15 Pf. (bisher 10 Pf.) zahlen. Die Notwendigkeit der Erhöhung wird mit den fortwährend steigenden Ausgaben und den damit verbundenen größeren Ausgaben des Kartells begründet.

Die Delegation zum Gewerkschaftskartell soll auf Antrag des Metallarbeiterverbandes eine Änderung in der Weise erfahren, daß die Höchstzahl der von einer Gewerkschaft in das Kartell zu delegierenden Vertreter von 4 auf 12 Staffelnweise so erhöht wird, daß auf je 100 Mitglieder ein Vertreter kommt. Der Vorschlag des Kartellausschusses will dagegen nur höchstens bis 8 Vertreter bei einer anderen Staffellung zulassen, bei der, nach Ansicht des Ausschusses, kleine Organisationen bei Abstimmungen besser zur Geltung kommen können.

Der Antrag auf Erhöhung der Beiträge und die Frage der Neuordnung der Delegation zum Gewerkschaftskartell werden in Verbindung mit anderen notwendig gewordenen Änderungen des Reguliervänderung des Kartells von einem besonderen Ausschuss beraten und einer demnächst stattfindenden Kartellversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Vorher sollen die einzelnen Verbände sich mit diesen Fragen beschäftigen.



Entlassene!! Reklamierete!! Zur Arbeit Beurlaubte!!

Vergeht nicht eure Mitarbeit bei der Partei wieder anzumelden und zu erneuern!!

Die schweren politischen Kämpfe um die freiheitliche Umgestaltung von Reich und Staat, sowie um eine bessere Zukunft der deutschen Arbeiterklasse und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfordert die Mitarbeit und Beitragleistung aller Parteigenossen.

Nur starke und leistungsfähige Organisationen sind zur Vorbereitung und wirksamen Führung unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft in der Lage.

Darum seid Euch des Ernstes unserer Zeit bewußt!! Meldet Euch bei den Vertrauensleuten der Partei oder direkt auf dem Parteibüreau, Danzig, 4. Damm 7, zur Beitragleistung und Mitarbeit wieder an.



Die Geschworenen-Auslosung

für die am 4. Februar beginnende erste Schwurgerichtspetode ist erfolgt. Ausgelost wurden: Ein Chemiker, zwei Fleischermeister, ein Hochschulassistent, ein Gymnasialdirektor, ein Ingenieur, drei Professoren, drei Kaufleute, ein Regierungsrat, ein Mädchenschuldirektor, ein Orgelbauer, ein Zeughauptmann a. D., ein Schneidermeister, ein Fabrikdirektor, ein Oberlehrer, ein Fabrikbesitzer, ein Zahntechniker, ein Gastwirt, ein Delonomierat, ein Baurat, drei Gutsbesitzer, zwei Rittergutsbesitzer und — kein Arbeiter.

Wann wird man endlich auch den Arbeitern gleiches Recht geben und sie bei der Geschworenen-Auslosung berücksichtigen? Oder gibt es in Ostpreußen keine „Neuorientierung“.

Magistratische Frühstücksuppen.

Seit einigen Monaten verabsolgt der Magistrat für die Angestellten der Betriebe mit durchgehender Dienstzeit täglich eine Frühstücksuppe. Bei den heutigen schwierigen Ernährungsverhältnissen fand die Suppe anfänglich großen Anklang. In letzter Zeit hat sich die Beschaffenheit der Suppe aber sehr verschlechtert. Dr. Grünspan sprach seiner Zeit davon, daß die Stadt ihren Vorrat an Mühlenenergiezeugnissen für diesen Zweck hergeben würde. Häufig hat man aber bei der Suppe den Eindruck, als wenn zur Herstellung verdorbene Gemüseporträte Verwendung gefunden hätten. Wir erhielten aus den Kreisen der Angestellten eine Reihe von Zuschriften, in denen sie sich über die schlechte Beschaffenheit der Frühstücksuppe beklagen und anfragen, ob auch jetzt noch die Stadtväter die Suppe täglich gemessen. Die Not des Krieges darf nicht für jede mißratene Maßnahme des Magistrats zur Entschuldigung dienen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Mg. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel, Kartoffel- und Fischkarte erhältlich sind. Unter anderem ist auf die Lebensmittelkarte ein Viertelpfund Syrup aufgerufen. Da dieser nur in größeren Fässern enthalten ist und eine Auswiegung beim Mangel an kleineren Fässern und aus sonstigen Gründen nicht möglich erscheint, so konnten nicht alle Kolonialwarengeschäfte damit beliefert werden. Die Geschäfte, die ihn führen, weisen durch Schaufensterausgang darauf hin. Die Geschäfte, die nicht beliefert werden konnten, sind für die nächste Belieferung vorgemerkt.

Bauernstreik?

Obwohl die Preise für Zucker und Rüben schon hinaufgetrieben worden sind, ist der Gewinnhunger der Interessenten doch noch nicht gestillt. Die Rübenbauern und Zuckerrübenfabriken haben bei den zuständigen Stellen bereits beantragt, den Preis für Rüben auf 3,75 Mark, den für Rohzucker auf

38 Mark für den Zentner zu steigern. Diese Preise bedeuten gegen den im Frieden eine Erhöhung um etwa 400 Prozent. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, treiben sie Obstruktion in der Erzeugung. So auffällig machen sie das, daß die Reichszuckerstelle zu einem Protest sich genötigt sieht. Sie hat an die Zuckerfabriken ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt:

Nach uns vorliegenden Mitteilungen verzögern manche Landwirte die Rübenlieferung absichtlich, um ihre Rüben nach Schluß der Arbeit in der Zuckerrübenfabrik, an die sie vertraglich zu liefern haben, einer andern Verwertung oder der Verfüllung im eigenen Betrieb zuzuführen. Bei vielen Landwirten soll die Absicht bestehen, daß sie nach Beendigung der Arbeit in den Zuckerrübenfabriken ihre Rüben zu andern Zwecken höher als bei der Ablieferung an die Zuckerfabrik verwerten können.

Weiter wird bemerkt, daß die Reichsstelle von den Fabriken die Namen und den Wohnort aller Landwirte verlangen werde, die mit ihren Ablieferungen im Rückstand bleiben oder deren gelieferte Menge mit dem Durchschnittsertrag der Gegend in einem offensibaren Mißverhältnis steht. Es soll eine Anweisung ergehen, die zur ordnungsmäßiger Lieferung verpflichtet.

Niel Erfolg mirch man mit der ganzen Aktion kann haben. Es darf nicht übersehen werden, daß die Rübenbauern und Zuckerindustriellen Hand in Hand arbeiten, vielfach sind es ein und dieselben Personen.

Bemerkenswert ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ sich mit dem Rundschreiben abfindet. Sie erklärt, es hätten „nur vereinzelt“ Landwirte ihrer Ablieferungspflicht nicht genügt; es sei unzulässig, darum zu verallgemeinern. Die Reichszuckerstelle spricht schonend von „manchen Landwirten“; da wird es schon eine nette Anzahl sein.

Weiter behauptete das agrarische Blatt, vielfach wäre Wagemangel die Ursache ungenügender Ablieferung, in andern Fällen sei man gezwungen gewesen, die Rüben einzumieten, und dafür gebe es nur 10 Pf. auf den Zentner Entschädigung. Damit wird die Kernfrage berührt: es sollen höhere Preise gezahlt werden.

Mit dem Rübenbau hätten die Landwirte noch in jedem Jahre geringe Freude erlebt, sagt das agrarische Blatt. Wiederholt hat es erklärt; ohne Preiserhöhung geht der Anbau weit zurück, ohne Preissteigerung stodt die Erzeugung. Jetzt stodt sie gründlich, und die Interessenten haben ihre Forderungen vorgelegt. Werden sie bewilligt, dann gibt es keine äußern Hindernisse mehr, dann stucht die Erzeugung so lange, bis man wieder Hunger nach noch höhern Preisen verspürt. Das ist die agrarische Wirtschaft, die nun zu einem allgemeinen Notstand in der ganzen Lebensmittelversorgung geführt hat.

Arbeit für Waldow.

Bekanntlich will ja Herr v. Waldow „dem Schleichhandel gründlich zu Leibe gehen“ und rücksichtslos gegen diejenigen einschreiten, die „hinten herum oder offen Waren über den Höchstpreis kaufen oder verkaufen.“

Jetzt bietet sich ihm dazu eine vortreffliche Gelegenheit, wenn er das folgende Schriftstück liest:

Stello. Generalkommando 14. A. R. Kriegsamtstelle. Karlsruhe, 2. Januar 1918. H. v. Nr. 5436. An die Firma Karlsruhe. Die Kriegsamtstelle teilt auf dortiges Schreiben vom 14. v. M., welches vom Verwaltungsrat der L. f. S. Mannheim hierher geleitet wurde, mit, daß augenblicklich von Berlin aus nur Butter, allerdings zu 9 Mark das Pfund, und Speisestup zu 50 Pfennig angeboten ist. Falls diese Lebensmittel für Ihren Betrieb von Interesse sind, ersuche ich um baldige Mitteilung.

Stello. Generalkommando 14. A. R. Kriegsamtstelle.

Hier wird also Butter angeboten, die um sechs Mark teurer ist als der Höchstpreis. Ob es sich um satfam bekannte „Auslandsware“ handelt, geht aus der Zuschrift nicht hervor, wohl aber das eine: daß man, wenn man den dreifachen Preis bezahlt, Butter erhalten kann und noch dazu durch Vermittlung des stellvertretenden Generalkommandos, das dann dafür sorgt, daß die Landesverteilungsstelle für Schwerarbeiter Butter liefern kann. Bis dann noch die üblichen Spesen draufgeschlagen sind, kann der Durchschnittschwerarbeiter einen bis fünfviertel Tage arbeiten, bis er ein Pfund bezahlen kann. Und dies nennt man dann „praktische Organisation“. Die Bevölkerung stellt mit Recht das Verlangen, daß es höchste Zeit ist, daß ein solches System so rasch wie möglich beseitigt werde.

Wettbewerb für sparame Bauweise.

Die Geschäftsstelle des Reichsverbandes zur Förderung sparamer Bauweise bittet uns um Abdruck nachstehender Notiz. Bei der für Danzig hohen Bedeutung dieser Angelegenheit, drucken wir die Notiz gerne ab.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hat wiederholt darauf hingewiesen, daß auch die deutsche Arbeiterschaft gut daran tut, sich auf harte Jahre nach dem Kriege einzurichten. In der Tat hat ja der Krieg viele Werte vernichtet, und es wird der angestrengten Gedankenarbeit der Besten unseres Volkes bedürfen, um die Mittel ausfindig zu machen zur Lösung all der Fragen, die an uns heranreten wenn die Lössen schweigen. Dazu gehört in erster Linie die Wohnungsfrage. Denn es ist Pflicht des deutschen Volkes seinen heimkehrenden Kriegern eine wohnliche Heimstätte zu bereiten, in der sie sich wohl fühlen und die Segnungen des von ihnen erstrittenen Friedens genießen können. Gerade der Anstiegs- und Kleinwohnungsfrage aber stellen sich die größten Schwierigkeiten entgegen, die überwunden werden müssen, wenn es gelingen soll, das Sehnen so vieler nach einem eigenen Heim zu stillen. Die Preise für Grund und Boden sind stark gestiegen, und knapp und teuer werden vor allen Dingen die Baustoffe sein. Es wird sich also darum handeln, die Bedingungen zu schaffen, die den Bau von guten, gesunden und doch billigen Wohnungen ermöglichen, und die Gedanken-Arbeit auf die Heranziehung von Erfindungen von Ersatzstoffen zu richten. Denn nur, wenn nach dem Friedensschluß genügend Baustoffe vorhanden sind, wird die Herstellung von guten und doch billigen Wohnungen ermöglicht sein. Beides setzt sich der unter dem Vorsthe des Geheimen Regierungsrates Professor Dr. Sesselberg in Berlin gegründete Reichsverband zur Förderung sparamer Bauweise E. V. zum Ziele, der alle Schichten der Bevölkerung, nicht zuletzt auch Vertreter der Angestellte

der Aufhebung der Militärstrafgerichte der Betriebe und der Aufhebung des Kriegsdienstgesetzes grundsätzlich zugestimmt und sich verpflichtet, dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Arbeitsverhältnis im Kriege auf zivilrechtliche Grundlage stellt und die Arbeiter von der Bedrohung durch die Militärstrafgerichte befreit. Dafür, daß diese gewiß wertvollen Versprechungen nicht leere Versprechungen bleiben, bürgt uns die Macht der Arbeiterklasse selbst.

Aus diesen Gründen hat der Wiener Arbeitererrat einstimmig beschlossen, die streitende Arbeiterschaft Wiens zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Der Parteivorstand hat sich diesem Beschluß angeschlossen und fordert die Arbeiterschaft ganz Österreichs auf, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Erklärungen der Regierung wurden in einer Konferenz einer Abordnung der Vertrauensmänner mit der Regierung am Sonnabendabend abgegeben. Hierauf trat eine große Vertrauensmännerversammlung im Wiener Eisenbahnhause zusammen, der diese Erklärungen bekanntgegeben wurden. In dieser Versammlung ergriff auch der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Abgeordnete Dr. Viktor Adler, das Wort und sagte u. a.:

„Es ist in den drei Tagen durchaus nicht alles erreicht worden. Wenn wir auch nicht als Sieger heimkehren, so können wir doch mit gutem Gewissen sagen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter aus der Lage herausgerissen haben, was herauszureißen war.“

Was den Frieden betrifft, so sind auch die Minister ebenso ungeduldig wie wir alle, aber wir haben ein Dokument, das nicht nur uns mitgeteilt wurde, sondern das vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt ein bindendes Versprechen ist. Denn es ist festgelegt worden, daß der Kaiser und der Minister des Auswärtigen nach wie vor in den allgemeinen Frieden einstimmen und daß der russische Friede nur die

Einführung zum allgemeinen Frieden

sein soll. Ferner ist nochmals festgelegt, daß Graf Czernin nach wie vor an den Grundgedanken der Abrüstung und Schiedsgerichte festhält. Nun haben Sie zu entscheiden. Ich bin nicht berufen, Ihnen Ratsschläge zu geben, aber meine Meinung ist, eine Situation ist auszumühen bis zum äußersten. Wenn das aber geschehen ist, soll man nicht weiteres riskieren, sondern soll bis zur nächsten Gelegenheit warten. Das Eis ist einmal gebrochen. Sollten sich noch weitere Hindernisse finden — wir sind da und auch später wird es an Entschlossenheit nicht fehlen. Was wir durchgeföhrt haben, ist lange nicht alles, aber die Arbeiter sind noch auf der Welt!“ (Stürmische Zustimmung.)

Die Aufnahme der Arbeit wurde mit 302 gegen 2 Stimmen beschlossen.

Auch in Ungarn ist eine Einigung erzielt worden. Montag früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Deutschland

Das Verbot des „Vorwärts“

W. L. B. Berlin, 22. Januar. Im Hauptausschuß des Reichstages wandte sich Ebert (Soz.) gegen das Verbot des „Vorwärts“, das allen Zensurmaßnahmen die Krone aufsetze.

Die Ereignisse in Oesterreich-Ungarn seien hochpolitischer Natur. Im Anschluß an die Herabsetzung der Mehl- und Brotaktion sei es dort zu Ausständen gekommen, die sehr bald politischen Charakter annehmen. Der Vertreter des auswärtigen Amtes habe auf Anfrage Näheres darüber nicht mitteilen können, während die übrige Welt genaue Kenntnis davon gehabt habe.

Während andere Zeitungen über die Vorgänge berichteten, sei der „Vorwärts“ dieserhalb verboten worden.

Der Reichstag sei es seiner Würde schuldig, hiergegen Stellung zu nehmen. Major Grau vom Kriegsministerium erwiderte, das Verbot der Berichterstattung sei infolge der widersprechenden Meldungen aus Oesterreich-Ungarn vorläufig erlassen, aber gestern nachmittag schon wieder aufgehoben worden. Das Verbot sei nicht vom Kriegsminister ausgegangen. Trotz entsprechender Zusagen, habe der „Vorwärts“ die Zensurbestimmungen durchbrochen. Erzberger (Zentrum)

verlangte Ausföhung der Beratung, bis der Kriegsminister und Vertreter des Auswärtigen Amtes erschienen seien.

Scheidemann (Soz.) bestritt, daß der „Vorwärts“ die Zensurbestimmungen übertreten habe.

Staatssekretär Wallraff hielt es für im Augenblick nicht möglich die aufgeworfene Frage angesichts ihrer weitgehenden Bedeutung zu klären und empfahl, die Erörterung im Anschluß an die Rede des Reichstanzlers weiterzuführen. Hierauf wurde die Beratung bis 6 Uhr abgebrochen. Dann soll das Verbot des „Vorwärts“ und die Zensurfragen besprochen werden. Die Besprechung der österreichischen Fragen wurde bis nach der Reichstanzlerrede zurückgestellt.

Die Zensur im Reichstag

Schon wiederholt hat sich der deutsche Reichstag mit den durch die Zensur verursachten Schwierigkeiten und mißlichen Zuständen befaßt. Im Hauptausschuß hat darüber jetzt eine recht gründliche Debatte stattgefunden, bei der auch fortschrittliche Abgeordnete recht kräftige Worte fanden.

Genosse Ebert

zeichnete in einstündiger Rede in kräftigen Strichen ein Bild von der Wirtschaft, die unter der Zensur eingerissen ist:

Der Reichstag spielte in dem Fall geradezu eine klägliche Rolle, denn trotz aller Versicherungen und Versprechungen ist es nicht besser geworden. Ganz offenbar ist das heutige System auf eine Begünstigung der Anexionisten eingestellt. Tirpitz habe zwar den Depeschensturm auf den Kanzler organisiert, die Zensur solle aber dafür, daß gerade an Herrn v. Tirpitz nicht die geringste Kritik geübt werden darf. Der Schwerindustrie gestatte man anexionistische Schriften zu verbreiten, Gegenschriften werden einfach verboten. An der Front werden Flugblätter beschimpfenden Inhalts verteilt, auflärende Schriften dagegen nicht zugelassen. Bei Beschwerden verlagert man einfach den Teufel bei seiner Großmutter, denn in der Regel hat jenes Generalkommando zu entscheiden, das die angegriffene Verfügung erlassen hat. Redner trägt eine große Reihe von Fällen vor, um das Treiben der Zensur zu beleuchten. Die Broschüre des Abg. Gräßler

„Die Sozialdemokratie für die Feldgrauen“ habe man verboten. Ein Generalkommando ging sogar so weit, die Verbreitung dieser Schrift mit Gefängnis bis zu einem Jahre zu bedrohen. Dabei hatte die Schrift weiter keinen Zweck, als den Soldaten zu zeigen, was der Reichstag für sie geleistet habe.

In Königsberg unterbindet man jede politische Agitation.

Höhere Marineoffiziere agitieren für die „Waterlandspartei“. Der Kriegsminister selber hat einen Geheimerlaß herausgegeben, wonach die „Waterlandspartei“ keine politische Partei sei. Im Felde wird unter den Mannschaften, teilweise unter ganz unzulässigem Druck eine Agitation für die „Waterlandspartei“ betrieben. Selbst der Pfarrer wird in den Dienst dieser Agitation gezwungen. Redner bespricht dann die Schnüffelrei, die heute betrieben wird, um

schonstehen, welche Zensuren die Soldaten lesen. Obwohl die deutsche Presse unter Zensur steht, wird sie draußen im Felde noch einmal zensiert und den Mannschaften die Zensuren mitunter überhaupt vorenthalten. Geradezu ungenügend aber sei es, daß der Verkehr der Soldaten mit Parlamentariern bei einzelnen Truppen verboten wird. Die Art, wie man die Stimmung der Soldaten zu erkunden sucht, sei geradezu grotesk. Regimentsbefehle werden verteilt und diese Befehle dann als die Meinung der Mannschaften ausgegeben. Im Bezirk Magdeburg und im Bezirk Breslau sei vom Versammlungsgesetz fast nichts mehr vorhanden. Sozialdemokratische Versammlungen werden verboten, Versammlungen der Vaterlandspartei erlaubt. Redner bekämpft dann das Verbot der Berliner Birtusversammlung. Die Antwort auf die Beschwerde sei völlig nichtig und gehe um den Kern der Dinge herum. Die Anwendung des Belagerungszustandes ist eine Prostitution der Arbeiter, die sich das auf die Dauer nicht mehr gefallen lassen werden.

Kriegsminister v. Stein

erklärt, die erwähnte Unterredung mit ihm sei aus einer fremden Sprache überleht.

Selbst französische Zeitungen hätten dazu geäußert, der preussische Kriegsminister habe gar nichts anderes sagen können, als daß er an einen deutschen Sieg glaube und ihn organisiere.

Der Erlaß, betreffend die „Waterlandspartei“, sei nicht als geheime herausgegeben worden. Was er zu sagen habe, könne er offen sagen und vertreten. Als er aus seinem Beruf herausgerissen und in seine jetzige Stellung berufen worden sei, hätte er nicht all die einschlägigen Resolutionsentwürfe lesen können. Er habe die Gutachten erbiten, und eins von ihnen legte dar, die „Waterlandspartei“ sei keine parteipolitische Organisation.

Später habe er ein anderes Votum erhalten und sodann die beanstandete Verfügung zurückgezogen.

Auf Veranlassung des Kriegsministers wurde sodann der vom Reichstanzler am 29. Dezember 1917 angekündigte Erlaß verlesen. Danach dürfen

1. Zeitungsarbeiten nur von dem mit der vollziehenden Gewalt ausgestatteten Befehlshaber persönlich ausgeprochen werden. Sie sollen befristet sein und vor Erlaß des Verbotes ist der Verleger oder Hauptschriftleiter über die Gründe des Verbotes zu verständigen.

2. Bei der Verletzung des Burgfriedens dürfe der Zensur nur einschreitet, wenn der Streit der Meinungen das sachliche Gebiet verlasse und Formen annehme, die die öffentliche Sicherheit gefährden können.

3. Es ist Aufgabe der Zensurbehörden, ein gutes Verhältnis mit den Schriftleitern und eine verständnisvolle Zusammenarbeit anzustreben.

Hierzu bemerkte der Kriegsminister, er erwarte allerdings nicht, daß durch den Erlaß alle Klagen beseitigt würden. Es liege im Wesen der Zensur, daß sie Unbequemlichkeiten mit sich bringe. Auch von der „Waterlandspartei“ lägen Klagen über Versammlungsverbote in einzelnen Bezirken vor. Die Presse sei im allgemeinen mit der Zensur zufrieden. Die pazifistische Literatur, die sich mancher Mißgriffe schuldig mache, werde von Männern zensiert, die sich schon früher damit beschäftigt hätten und jetzt des Königs Rod trügen. Auf Anfrage des Abgeordneten von Grose (konf.) entgegnete General v. Briesberg, eine Kriegsministerielle Verfügung weise die Generalkommandos an, alle in Frage kommenden Varietäten gleichmäßig zu behandeln. Die Beurteilung der Verhältnisse müsse den Generalkommandos überlassen bleiben.

Major Grau bespricht die einzelnen Zensurfälle und behauptet, daß die Presse jetzt mit der Zensur zufrieden sei. Flugchriften müssen von jedem Korpsbezirk von neuem durchgesehen werden, auch wenn sie in anderen Bezirken von der Zensur bereits durchgesehen worden sind.

Der Verbreitung der Rede des Abg. Scheidemann stehe nichts mehr im Wege, das Verbot sei jetzt aufgehoben. Die Aufhebung des Verbots des sozialdemokratischen Flugblattes über den Verständigungsstreben sei bevor.

An der Kraxis gehe es nicht anders, als daß die Beschwerden dem Generalkommando übergeben werden, gegen das sich die Beschwerde richtet, damit dem Kriegsministerium rasch der Bericht zugehen könne, der dann die Grundlage für die Entscheidung bilde. (W. 19.)

Die „Kreuzzeitung“ für das gleiche Wahlrecht

Preußen führte einmal einen bedeutungsvollen Krieg. An seinem Ende forderte die „Kreuzzeitung“, das Junkerblatt, das gleiche Wahlrecht als die einzige staatslich gerechte Anerkennung der Kriegsteilnehmer. Ja, die „Kreuzzeitung“! Es ist kein Druckfehler. Es hat wirklich eine Zeit gegeben — sie liegt freilich weit zurück —, in der die preussischen Junker das Dreiklassenwahlrecht hart kritisierten und das Reichstagswahlrecht aufs freudigste begrüßten.

Als führendes Organ der Konservativen säßte am 18. April 1866 die „Kreuzzeitung“ folgendes vernichtende Urteil über das preussische Wahlrecht:

„Dies Wahlsystem ist nichts anderes als die Repräsentation des Geldkapitals, mit dem läugerischen Schein, daß es eine Vertretung des ganzen Volkes wäre. Es ist die Herstellung einer modernen Geldaristokratie, welche alles Höhere und Edlere nach oben wie nach unten je länger desto mehr in den Staub des gemeinsten Materialismus herunterzieht.“

In Vorahnung der heutigen Zeit setzte sich aber die damalige „Kreuzzeitung“ auch schon mit besonderem Eifer für das gleiche politische Recht der Kriegsteilnehmer ein, die nicht hinter den Kapitalisten zurückstehen dürfen. In diesem Sinne schrieb die „Kreuzzeitung“:

„Solch einem traurigen System gegenüber hatten wir das allgemeine Wahlrecht für einen wirklichen Fortschritt. Wir wollen hierbei kein entscheidendes Gewicht darauf legen, daß gegenüber der allgemeinen Militärpflicht das allgemeine Stimmrecht als ein schwer abzuweisendes politisches Korrelat erscheint, und daß jedenfalls, um die bekannten Ausdrücke zu wiederholen, die Bluttsteuer ebenso schwer wiegen sollte wie die Gewerbesteuer. Was für unsere Beurteilung das maßgebende ist, beruht insbesondere darin, daß in Ermangelung einer wirklichen ständischen Vertretung das allgemeine Stimmrecht das einzige ist, was Logik und Prinzip enthält.“

Diese Bemerkungen nach dem verhältnismäßig leichten Sieg bei Düppel treffen heute gewiß doppelt zu, nachdem das Volk von 1914 bis 1918 eine furchtbare Bluttsteuer entrichtet hat. Aber die Konservativen haben inzwischen die Hoffnung aufgeben müssen, mit Hilfe des allgemeinen und gleichen Wahlrechts das Bürgertum und nun gar die Arbeiterklasse für sich einzufangen zu können. Sie haben nun umgekehrt das preussische Dreiklassenwahlrecht als das vornehmste Instrument ihrer Herrschaft im Staate schätzen gelernt. Darum haben sie heute Feigheit über Bord geworfen und kämpfen verwehrt für ein jämliches Mehrstimmwahlrecht. Wir aber halten an dem richtigen Grundsatze fest, daß die Bluttsteuer schwerer wiegen soll, als die Gewerbe- oder Einkommensteuer. Daher fordern wir das gleiche Wahlrecht, ganz abgesehen von allen anderen nationalen, politischen und sozialen Gründen, unbedingt schon als das Wahlrecht der Kriegsteilnehmer.

Das kommunale Wahlrecht

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt hat folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtvertretung möge in Gemeinschaft mit dem Magistrat (Bürgermeister) bei der königlichen Staatsregierung dahin vorstellig werden, daß sie dem Landtag folgende Vorlage macht wegen:

1. Einführung des allgemeinen, gleichen, gehehmen und direkten Wahlrechts für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts für die Gemeindevertretungen sowie die Kreisräte;
2. Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs in den städtischen Vertretungen;
3. Aufhebung des Befähigungsrechts für gewählte Gemeindegorgane;
4. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Ansetzung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden vor den ordentlichen Gerichten in allen Städteordnungen und Landgemeindeforderungen.

Der preussische Landtag der Zukunft

Bei der Erörterung der Wahlrechtsvorlage zum Preussischen Landtag fragte ein konservativer Redner den Regierungsvertreter Dr. Drems, wie man sich die Wirkungen der Wahlreform auf die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses denke. Drems antwortete, daß auf Grund der letzten Wahlslisten unter dem gleichen Wahlrecht das Abgeordnetenhause folgende Zusammensetzung haben würde:

Konservative	81	Zentrum	92
Freikonservative	54	Sozialdemokraten	101
Nationalliberale	46	Besondere Parteien	11
Fortschrittler	49		

Man kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Aussicht auf einen solchen Landtag weder für die Krone, noch für die Schlotfunker etwas Verlockendes hat.

Das neue Preußen und die Sozialdemokratie

Am Montag legte der Landtagsabgeordnete Genosse K. Hänsch im Abgeordnetenhaus den Standpunkt der Sozialdemokratie zur preussischen Neuordnung dar. Wir geben seine Rede wegen ihrer Bedeutung nachstehend ausführlich wieder:

Zunächst einige Bemerkungen zum Etat. Ueber die Notwendigkeit der weiteren Erhebungen der Kriegszuschläge zur Einkommensteuer haben meine Freunde noch nicht Stellung genommen. Jedenfalls muß spätestens bei Friedensschluß eine allgemeine Steuerreform, die von sozialem Geiste geleitet ist, in Angriff genommen werden. Die geplante weitere Erhöhung der Eisenbahntarife lehnen wir ab. Den Klagen über unsere Eisenbahnmisere können wir uns nur wohl anschließen. Die letzte Erhöhung der Personentarife sind in ganz ungeheurer Weise zustande gekommen. Sie dürften ohne Befragen des Parlaments nicht erfolgen. (Sehr wahr!) Der Gedanke des Herrn Reichshoff, ein Reichsverkehrsamt als Kriegsmaschine zu schaffen, scheint uns ermüdend. Mit der Vermehrung der Reichsschulinspektoren wird viel zu langsam vorgegangen. Dringend notwendig ist eine Ausdehnung der Gewerbeinspektion, besonders der weiblichen, anstatt der Vermehrung der Frauenarbeit.

Endlich bedauern wir, daß sich auch in diesem Etat wieder die Kampfpositionen gegen die Polen und Dänen finden.

Wir fordern eine Versöhnungspolitik. Der Gedanke einer polnischen Autonomie erscheint allerdings auch uns unbedenklich. Nicht nur im Interesse Preußens, sondern auch der Polen selbst. Die polnische Autonomie ist ein Traum und nicht einmal ein schöner.

Zur Frage der Zensur und des Belagerungszustandes werden wir beim Ministerium des Innern Stellung nehmen. Den Klagen, die darüber in Hauptausschuß des Reichstages vorgebracht sind, schließen wir uns voll an, und hoffen, daß der von meinem Parteigenossen keine ausgearbeitete Gesetzentwurf über den Belagerungszustand baldmöglichst Beifriede erlangt. (Bravo! b. d. Soz.) Die Verbote von Wahlrechtsversammlungen müssen aufhören. Sie liegt auch im Interesse der Regierung, daß die Stimmen in dieser Frage zum Ausdruck kommen. Auch liegt es in dem Interesse der Regierung, daß die Explosionen, die der Regierung am wenigsten erwünscht sein können.

In der Ernährungsfrage fordern wir schleunigste Beseitigung des Systems Wadon im Interesse der Volkswohlfahrt und der nationalen Wohlfahrt.

(Sehr wahr! links.) In der Frage der Kriegsziele will ich mich der Zurückhaltung befleißigen, die durch die schwierige Lage unserer Unterhändler geboten ist. Das plumpe Dazwischenschlagen der ausländischen Presse ist im deutschen Interesse auf das Lebhafteste zu bedauern. Wir wünschen, daß auf dem Wege beiderseitigen Entgegenkommens, sowohl Rußlands wie Deutschlands, sobald wie möglich ein ehrlicher Verständigungsfrieden mit Rußland zustande kommt, worauf wir umso eher hoffen dürfen, nachdem die Grundlagen eines solchen Friedens mit der Ukraine bereits geschaffen sind. Nach dem Sturz des eroberungslustigen Zarismus besteht irgendein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen dem deutschen und russischen Volke nicht mehr. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gerade der Krieg hat gezeigt, in wie hohem Maße diese beiden Kulturvölker auf einander angewiesen sind: Deutschland kann ohne die Erzeugnisse der russischen Landwirtschaft nicht auskommen und Rußland ist auf die Industrie Deutschlands angewiesen.

Dem russischen Volke in seinen schweren wirtschaftlichen Nöten und seinem furchtbaren Ringen nach neuen Formen rufe ich von dieser Stelle einen herzlichen Gruß über die Grenzen und den Ausdruck unserer lebhaftesten Sympathien zu.

(Bravo! b. d. Soz.) Mögen sich unsere Unterhändler so maßvoll und weisheitlich zeigen, wie Bismarck 1866 beim Tilsburger Frieden gegenüber Österreich. Auch jener Friede wurde als schwach und als Verzichtfrieden betamft und hat sich doch bewährt. Wenn man einen besseren Schutz im Offen verlangt,

so empfinden auch wir gewiß die Leiden mit, die unsere Brüder im Osten durchgemacht haben.

Aber gerade um eine Wiederkehr ähnlicher Zustände zu verhindern, trafen wir für eine freie und ehrliche Verständigung mit Rußland und für eine staatliche Unabhängigkeit der Randvölker ein. Das beste wäre freilich ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland selbst. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein solcher Frieden wäre auch die beste Gewähr für die Herbeiföhung eines allgemeinen Friedens, den zweifellos auch die Völker der Entente herbeiföhnen. Auch die weitestgehenden Amerikaner können niemals mehr einen Krieg bringen für ungeheuerlichen Verluste an besserem Volkstraft, die der Krieg im Geiste gehabt hat. (Sehr wahr! links.) Wenn man dem Phantom eines solchen Ertriefens nachjagt, kommt man nur in Gefahr, den Krieg immer weiter zu verlängern und das Ziel schließlich in nebelhafter Ferne verschwinden zu sehen.

Man sagt, wir dürfen uns ausschließlich von deutschem Interesse bei den Friedensverhandlungen leiten lassen. Nichts verstanden können wir dem zu, aber wir leben die wirkliche Wahrung deutscher Interessen nicht in einer Vergewaltigung fremder Völker, sondern in einer weitaussehenden Versöhnungspolitik. Daß wir dabei auch deutsche Interessen wahren, ist selbstverständlich, denn wir sind die Vertreter deutscher Arbeiter. (Abg. Hoffmann („Unabh.“): Gernals international!) Wir haben stets betont, daß ein Internationalismus nur denkbar ist auf der Grundlage nationaler Parteien. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir sind Vertreter deutscher Arbeiter ohne jeden Chauvinismus, ohne eine Spur von nationaler Überheblichkeit. (Abg. Hoffmann: Wir sollen Menschen sein!) Gewiß, aber nicht Menschen im leeren Raum, sondern deutsche Menschen, Menschen auf deutscher Erde, die auf deutscher Kultur die beste Art haben.

Das deutsche Volk kann nur einem Frieden zustimmen, der seine territorialen Interessen, seine politische und wirtschaftliche Entwicklung garantiert.

Darum existiert für die deutsche Sozialdemokratie keine esaklothringische Frage (Abg. Adolf Hoffmann („Unabh.“): Herr Herr)

